Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

- US-Haushalt, Gesundheitswesen: Trump scheitert vorerst mit Abschaffung von „Obamacare“
- Köln: Autoverkehr mit Anreizen reduzieren …
- Sinti in Hamburg: „Unser Anblick, unsere Anwesenheit haben immer gestört!“
- NSU-Komplex auflösen!
- Niederlande: Der unbeachtete Rechtsrutsch
- Kalenderblatt, 28.3.1882, Frankreich – Loi Ferry: Das Gesetz über allgemeine Schulpflicht und Laizität

Ausgabe Nr. 4 am 13. April 2017, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

online lesen
www.linkekritik.de/pb1704-pdf.html
www.linkekritik.de/pb1704-text. html

Frankreich-Wahl: Trostlose Absichten und Vorstellungen zur EU

Folgende elf Kandidaten sind zum 1. Wahlgang der Präsidentschaftswahl zugelassen: Nathalie Arthaud – LO (Arbeiterkampf); François Asselineau – UPR (Republikanische Volksunion); Jacques Cheminade – Sep (Solidarität und Fortschritt); Nicolas Dupont-Aignan – Debout la France (Steh auf Frankreich); François Fillon – LR (Die Republikaner); Benoît Hamon – PS (Sozialistische Partei); Jean Lassalle – Résistons! (Widerstehen); Marine Le Pen – FN (Nationale Front); Emmanuel Macron – En Marche! (Bewegt Euch!); Jean-Luc Mélenchon – La France insoumise (Das widerspenstige Frankreich); Philippe Poutou – NPA (Neue antikapitalistische Partei). Fünf werden mit nennenswerten Prozentzahlen gehandelt: Fillon (20%), Hamon (16%), Le Pen (25%), Macron (24%) und Mélenchon (10%, Umfragen in der Woche bis 7. April). Ob Le Pen, die die Prognosen sicher im zweiten Wahlgang sehen, dann dort scheitert, ist ungewiss. Was die zukünftige Politik gegenüber der Europäischen Union betrifft, ist kaum Kritik an oder Abgrenzung der anderen Kandidaten vom FN vernehmbar. Im Gegenteil: von rechts bis links trostlose Kritik an der EU: Asselineau z.B. will die „verlorene Souveränität Frankreichs durch den Austritt aus der EU, der Eurozone und der Nato wiederherstellen", Cheminade „ein Europa der Vaterländer", Dupont-Aignan will eine „Gemeinschaft europäischer Staaten" und Mélenchon den „Austritt aus den europäischen Verträgen". Es sind wenig Haltelinien sichtbar gegen Le Pens feste Absicht, die Europäische Union zu zerstören.

Matthias Paykowski, Karlsruhe

29. März 2017: Bemühen um Good Governance bei den Brexit-Verhandlungen

Wie reagieren die Organe der EU auf die Abgabe des Antrags auf Austritt Großbritanniens aus der EU? Was macht der am 29. März abgegebene Antrag mit der Gesellschaft in England, Wales, Irland und Schottland? Welche Folgen ergeben sich für die anderen Mitgliedsstaaten – soweit das überhaupt schon abzusehen ist? – Es zeigt sich, dass bei beiden Vertragspartnern die Einsicht wächst, dass man zu einer möglichst verträglichen Lösung für ein gutes Auskommen miteinander kommen muss, und dass nur so überhaupt erst mal eine Chance besteht, der komplexen Entflechtung der Vertrags-, Geschäfts-, Austausch- und aller weiteren mannigfaltigen Beziehungen Herr zu werden. Im Moment also geht es um das Prozedere, die Gestaltung des Gesamtprozesses – Kooperation in einem ganz speziellen Sinn – das Ergebnis, was nach zwei Jahren Status Quo sein wird, scheint weitgehend offen.

Weit davon entfernt, einen Gesamtüberblick geben zu können, spiegeln wir hier Pressestimmen zu einigen der vakanten Baustellen in dieser Angelegenheit im Folgenden wieder. Die Auswahl ist subjektiv und repräsentiert unterschiedliche Perspektiven.

BBC-Blog mit Frage- und Antwortschema ohne inhaltliche Beschränkung und recht hoher Qualität und Genauigkeit der Antworten. „Brexit: alles was Sie wissen müssen über den Vorgang, dass das Vereinigte Königreich die EU verlässt. Was gibt es über die Great Repeal Bill (das große Aufhebungsgesetz)? Die Regierung wird dieses Gesetz erlassen, das den Vorrang des EU-Rechts im Vereinigten Königreich (UK: United Kingdom; Anm. d. Verf) beenden wird. Dieses Gesetz soll die gesamte EU-Gesetzgebung in UK-Recht in Gänze überführen. Die Regierung wird in einer gewissen Zeitspanne danach darüber entscheiden, welche Teile bestehen bleiben, welche geändert und welche aufgehoben werden. Worüber ging es beim Fall, den der Supreme Court zu verhandeln hatte? Wer führt die Verhandlungen? Dürfen die Mitglieder des Parlaments über den Brexit Deal abstimmen? Was bedeutet dies für Schottland? Was wird mit den Grenzen in Gibraltar und Nordirland passieren?

„10 Thesen zum Austritt – Zeitschrift Capital – Stichwort Meinungen": 1. Der Brexit kommt. 2. Die Briten wissen nicht, was sie wollen. 3 Der Brexit wird teuer. 4. Der ökonomische Schaden für 27 EU-Staaten ist gering. 5. London bekommt größere politische Probleme als die EU27. 6. Der Brexit läutet nicht das Ende der EU ein. 7. Das Vereinigte Königreich wird den Brexit überleben. 8. Der Brexit wird schwierig. 9. Britannien hat die Wahl. 10. Der Brexit ist nicht das Ende Europas."

FAZ, 31.3.17: „Das schmale Tor zur EU" „Tausende Pendler aus Spanien arbeiten in Gibraltar und fürchten nun um ihre Zukunft. Gemeinsam mit den Briten in der Kolonie wollen sie dem Brexit trotzen." **Dazu noch FAZ, 4.4.17: „Aus der britischen Fassung gebracht**. Harsch reagiert die Regierung in London auf die Pläne der EU, dem – an Spanien grenzenden – britischen Überseeterritorium Gibraltar einen Sonderstatus in den Austrittsgesprächen zukommen zu lassen. May ließ wissen, dass sie sich ‚nie auf eine Vereinbarung einlassen wird, mit der das Volk von Gibraltar gegen seinen frei und demokratisch geäußerten Willen unter die Souveränität eines anderen Staates kommen würde'. Der frühere Vorsitzende der Konservativen Michael Howard erinnerte sogar an den Falkland-Krieg von 1982. May werde dieselbe Entschlossenheit an den Tag legen wie damals Margaret Thatcher."

FAZ, 6.4.17: „Gabriels Rechnung. Gabriel macht in London deutlich wofür er steht: So sehr er auch für Fairness im Umgang mit den Briten in den nun beginnenden Verhandlungen plädiert – Priorität hat für ihn der Zusammenhalt der EU der verbliebenen 27. Angesichts der gegenwärtigen Krisen in der EU und um sie herum – Renationalisierung hier, Populismus dort – sei die Stärkung Europas eine historische Herausforderung."

FAZ, 8.4.17: „Wir werden nicht hinnehmen, wie Kinder behandelt zu werden. Im Gespräch: Agnus Robertson, Fraktionsvorsitzender der Schottischen Nationalpartei im britischen Unterhaus. In der EU würde Schottland als souveräner Staat respektiert werden. Dort hat jeder ein Mitspracherecht. In Großbritannien gilt das leider nicht. Würden Sie auch eine ungenehmigte, selbstorganisierte Volksabstimmung abhalten? Nein. Wird sind besten Glaubens, dass die britische Regierung einlenken wird. Würde Ihre Partei in einem neuen Referendum siegen – soll Schottland dann vollständi-

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring, Christoph Cornides, Edith Bergmann.
Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer, Ulli Jäckel, Rosemarie Steffens.
Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher, Jörg Detjen.
Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de
Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung" werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.
Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

ges Mitglied der EU werden? Ja."

Zeit online, 29.3.17 „Mehr Einbürgerungsanträge von Briten: Ob und unter welchen Bedingungen Briten in Deutschland nach dem Brexit leben und arbeiten können, ist ungewiss. Deshalb stellen einige bereits während der Austrittsverhandlungen einen Antrag auf Einbürgerung. **Dazu Stuttgarter Nachrichten vom 28.3.17:** Die Zahl der Einbürgerungen britischer Staatsbürger hat sich im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2015 mehr als verfünffacht. Wie das Statistische Landesamt Baden-Württemberg am Dienstag mitteilte, stieg die Zahl von 68 im Jahr 2015 auf insgesamt 386 im gesamten Bundesland."

Wird fortgesetzt.

Eva Detscher, Karlsruhe

Mind the gap – „Bitte beachten Sie die Lücke zwischen Ausstieg und Bahnsteigkante"

Nein, hier ist keine Beschreibung der Tücken beim U-Bahnfahren angesprochen, wo diese Durchsage die Passagiere vor Verletzungen beim Aussteigen aus der U-Bahn schützen will. Es ist vielmehr eine Zusammenfassung einer Studie in Bezug auf die Europäische Union: „Nothing to fear but fear itself", die zwischen 23. August und 7. September 2016 in den Ländern Deutschland, Frankreich, Polen, Spanien, Schweden und Großbritannien durchgeführt und in englischer Sprache veröffentlicht worden ist. „The gap", die Lücke ist das Bild, das sich aus den Ergebnissen der Studie in Deutschland ergibt, nämlich durch Gegenüberstellung der Erkenntnisse zu den Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger im Land zu den Ansichten der politischen Entscheidungsträger. „Die Studie kann daher auf einzigartige Weise aufzeigen, in welchen Bereichen politische Entscheidungsträger die Menschen im Land verstehen und wo spezifische Defizite bestehen, die zu Fehleinschätzungen führen können."

In der Auswertung von repräsentativen Umfragedaten und Interviews mit Entscheidungsträgern identifiziert die Studie unter anderem folgende Kernerkenntnisse:

- Eine Mehrheit der befragten Deutschen hat Ängste vor den Auswirkungen der EU auf das Leben in Deutschland, darunter vor allem bei sozialer Sicherheit (53%) und vor steigenden Zahlungen an die EU (52%). Knapp unter 50% der Befragten gab zudem an, in Bezug auf die EU den möglichen Verlust des Arbeitsplatzes sowie den Verlust nationaler Identität und Kultur in Deutschland zu befürchten.
- Interviews mit Abgeordneten des Bundestags und des Europaparlaments zeigten dagegen, dass deutsche Politiker diese konkreten Sorgen der Bürger oft nicht zu hören bekommen. Stattdessen spekulierten die Politiker, dass die Sorgen der Bürger allgemeiner Natur seien und von der aktuellen politischen Unsicherheit in Europa herrührten. Sie stünden nicht direkt mit der EU in Zusammenhang.
- Die Auswertung der Umfrageergebnisse zeigt aber, dass weniger als 15% der Bürger allgemein und unabhängig von der Rolle der EU besorgt über die Zukunft Deutschlands sind. Die meisten Bürger äußern konkrete Sorgen in unterschiedlichen Politikbereichen. Anhänger der CDU/CSU sorgen sich beispielsweise mehr über steigende EU-Haushaltszahlungen und den Verlust der nationalen Identität als diejenigen, die sich mit der SPD identifizieren.
- Im Bericht präsentieren die Experten von d|part Ansätze, wie die Kluft zwischen Politikern und Bürgern überbrückt werden kann. Die Wissenschaftler lehnen einfache Maßnahmen wie ein Interrail-Ticket für junge EU-Bürger ab. Diese allein könnten keine tiefgreifenden Veränderungen in der Wahrnehmung der EU erreichen. Politiker müssten stattdessen dabei unterstützt werden, die konkreten Sorgen der Bürger anzugehen.

Die Studie wurde von d|part* im Auftrag des Londoner Think Tanks Demos durchgeführt. Sie bildet einen Teil eines europaweiten Projekts zum Thema „Angst und Populismus in Europa." Die Studie kann über folgende Internetadresse abgerufen werden: https://www.demos.co.uk/wp-content/uploads/2017/02/Nothing-to-Fear-but-Fear-Itelf-final.pdf

Ausdrücklich ist die Weiterverbreitung gewünscht.

Eva Detscher, Karlsruhe

* d|part – Thinktank for political participation wurde bereits in de n Politischen Berichten August 2016 vorgestellt. (nachzulesen über www.linkekritik.de)

Von der Grenzsicherung zum Interventionskrieg

Die USA haben vorbei an der EU und ohne Absprache in der Nato ihre Position als Führungsmacht des Westens unterstrichen. Mit dem von einem Flottenverband aus geführten Schlag gegen das Assad-Regime demonstrierten sie ihre Fähigkeit, Infrastruktur und Verbände auf dem kleinasiatischen und afrikanischen Festland schwer zu treffen. Die Reichweite der verwendeten Marschflugkörper wird mit 2.500 km angegeben. Sie können auch atomar bestückt werden. Die bislang zur Grenzsicherung konzipierten Flotteneinsätze der Westmächte werden damit Teil eines Kriegsgeschehens, das der berüchtigten Kanonenbootpolitik der Kolonialzeit ähnelt. Die Verflechtung von USA, Nato, EU ist unübersichtlich, aber eng und fest. So hat jüngst sogar der sonst raubeinig auftretende Boris Johnson unterstrichen, dass militärische Bündnisverpflichtungen von den Brexit-Verhandlungen nicht betroffen seien.

Im Mittelmeer hat sich eine Land-See-Grenze zur militärische Front gewandelt, zum Land hin durch den Luftkrieg, auf See, weil die Flottenmacht der östlichen und südlichen Anrainer von den Westmächten marginalisiert wird. Schließlich und nicht zuletzt wird der Seezugang Russlands zu dem syrischen Gefechtsfeld fraglich.

In der Erklärung der führenden Vertreter von 27 Mitgliedstaaten und der EU-Organe war die Aufgabe der Grenzsicherung in der „Agenda von Rom" (Stichworte sicher, wohlhabend, sozial, stärker) herausgehoben worden. Es zeigt rasch, dass der Übergang von einer Strategie der Grenzsicherung zum Interventionskrieg fließend ist.

Die unfriedliche Entwicklung an den Außengrenzen schlägt auf die Innenpolitik zurück, die militarisierte Außenpolitik braucht Loyalität, sie braucht Geld aus den Haushalten, sie braucht Einsatzkräfte, und so braucht sie die Zustimmung der öffentlichen Meinung und bloß keine Kritik.

In den letzten Wochen hat die Bundesregierung einen bedeutsamen Schritt zur Kontrolle der öffentlichen Meinung getan. Sie legt nunmehr das PKK-Verbot so scharf aus, dass für die Menschen und Vereine mit Beziehungen zur kurdischen Sache die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit ausfällt. Diese Entscheidung geht wahrscheinlich auf einen Deal mit der Regierung Erdogan zurück, die Restriktionen bei öffentlichen Auftritten und geheimdienstlichen Aktivitäten hinnimmt und dafür Schützenhilfe bei der Repression der aus dem Machtgebiet Erdogans (e)migrierten Menschen einfordert und erhält.

Aus dem oben bereits zitierten EU-Dokument lässt sich allerdings auch herauslesen, unter den politischen Kräften, die die EU bestimmen, die Bereitschaft zur militarisierten Außenpolitik zunimmt, die Suche nach einer zivilen und zivilisierten Außenpolitik aber dennoch fortlebt. Inhalte einer solchen Außenpolitik können am besten und vielleicht sogar nur gefunden werden, wenn die Menschen, die die Lage außerhalb der Grenzen der EU kennen und die Folgen der auswärtigen Politik abschätzen können, das unverbrüchliche Recht genießen, ihre Meinung in die Öffentlichkeit zu tragen.

Martin Fochler, München

Verbot der Demonstration „Weg mit dem Verbot der PKK“ in Mannheim

Aus der Stellungnahme von Stadträtin Gökay Akbulut (Die Linke)

Am 2. März hat das Bundesinnenministerium eine Verschärfung des Verbots von Öcalan-Porträts, PKK-Fahnen und YPG-Symbolen verfügt. Das Verbot umfasst nun insgesamt 33 Symbole, die entweder direkt im Zusammenhang mit der PKK oder einer ihrer Unterorganisationen stehen. In den letzten Jahren verliefen die meisten Demonstrationen kurdischer Menschen in der Bundesrepublik friedlich, weil die Polizei den inneren Frieden gegenüber einem Fahnenverbot als wichtiger einstufte.

Trotz oder gerade wegen der angespannten Situation in der Türkei und in Kurdistan ist es untragbar, dass die Bundesregierung nun offensichtlich auf Eskalation setzt und das Fahnenverbot erneut versucht durchzusetzen. Während sich die türkisch-deutschen Beziehungen im Vorfeld des Referendums auf einem Tiefpunkt befinden, scheint sich die Bundesregierung mit Erdogan über die Kurdenpolitik geeinigt zu haben. Obwohl Erdogans Unterstützung für dschihadistischen Terror im Mittleren Osten seit Jahren besteht, werden die kurdischen Kräfte, die sich gegen die Barbarei des IS in Rojava/Syrien wehren, in Deutschland als terroristisch eingestuft und kriminalisiert.

Nach neuesten Informationen hat die Ordnungsbehörde eine für Samstag, 8. April, von politischen Jugendorganisationen angemeldete Demonstration gegen das PKK-Verbot verboten. Sie beruft sich dabei u.a. auf das verschärfte Fahnen- und Symbole-Verbot. Dieses Problem ist in Mannheim nicht zu lösen. Fahnen- und dann auch noch Veranstaltungsverbote sind für die durch die kriegsartigen Maßnahmen der Erdogan-Regierung in den kurdischen Gebieten aufgewühlten Menschen nicht nachvollziehbar. Heftige Auseinandersetzungen zwischen Polizei und DemonstrantInnen sind absehbar. Ich rufe alle Seiten auf, trotz der äußerst angespannten Lage das Recht auf eine friedliche Demonstration sicherzustellen und dieses Demonstrationsrecht dann auch friedlich und verantwortungsbewusst auszuüben.

Straßenauseinandersetzungen in Mannheim oder anderen Städten nutzen dem gerechten Protest nicht. Der friedliche und kreative Protest gegen Erdogan und die heuchlerische Kurdenpolitik der Bundesregierung sind wichtige Zeichen in diesen schwierigen Zeiten – sowohl für die KurdInnen als auch für die Stadtgesellschaft in Mannheim. Die Linke Mannheim distanziert sich von jeglicher Gewalt und ruft Polizei wie auch die Veranstalter der Demonstration zur Deeskalation auf. *7. April 2017*

Anmerkung: Die Antifaschistische Initiative Heidelberg und der Verein Kurdischer Jugend Mannheim haben darauf verzichtet, im Eilverfahren gegen das Demonstrationsverbot zu klagen. Eine ausführliche juristische Auseinandersetzung und Zurückweisung des Verbotes soll in den nächsten Tagen erfolgen. Am Samstag, 8.4.2017, fand eine angemeldete Kundgebung in Heidelberg statt.

Am 24.3.2017 hatte die Bundestagsfraktion der Linken eine kleine Anfrage an die Bundesregierung zum Erlass des Bundesinnenministeriums vom 2.3.2017 zur Ausweitung des PKK-Verbotes gestellt.

https://www.linksfraktion.de/parlament/parlamentarische-initiativen/detail/ausweitung-des-betaetigungsverbots-der-arbeiterpartei-kurdistans/

Newroz war in diesem Jahr eine millionenfache Demonstration gegen das Verfassungsreferendum: Hayir = Nein! In vielen Städten konnten die Großveranstaltungen trotz schwerer Polizeischikanen abgehalten werden. In Diyarbakir wurde ein Jugendlicher von der Polizei erschossen. Wenige Tage später wurden zahlreiche Oppositionspolitiker zu langen Haftstrafen verurteilt, darunter der DTK-Vorsitzende Hatip Dicle, der abgesetzte Bürgermeister von Mardin Ahmet Türk und der abgesetzte Bürgermeister von Agri Sirri Sakik. Sie waren schon 1994 als HEP-Abgeordnete im türkischen Parlament verhaftet und verurteilt worden und saßen gemeinsam mit Leyla Zana zehn Jahre im Gefängnis. *Rudolf Bürgel*

Türkei: Über 50 Tage Hungerstreik für menschenwürdige Haftbedingungen

Seit dem 15. Februar befinden sich in mindestens zwölf türkischen Gefängnissen mehr als hundert politische Gefangene der PKK im Hungerstreik und setzen ihr Leben gegen unmenschliche Haftbedingungen, die anhaltenden Militäraktionen und Verhaftungen sowie für den Erhalt demokratischer Strukturen in der Türkei ein. Darunter sind auch 17 Frauen. Sie fordern die Verbesserung der Haftbedingungen, die Beendigung der anhaltenden Festnahmen und Verhaftungen aufgrund von Meinungsäußerungen und politischer Arbeit, die Beendigung der militärischen und politischen Repression gegen die Bevölkerung sowie die Beendigung der Isolationshaft von Abdullah Öcalan. Der Hungerstreik begann im Gefängnis von Sakran (bei Izmir).

Angehörige und der Menschenrechtsverein IHD beschreiben die Zustände in der Haftanstalt:

Überfüllte Zellen ohne ausreichend Betten. In einer Zehn-Personen Zelle befinden sich 15 bis 20 Gefangene. Bei den Appellen muss strammgestanden werden und die Gefangenen müssen ein Schild mit „Terrorist“ tragen. Aus nichtigen Anlässen werden die Gefangenen gezwungen, sich zu entkleiden und werden geschlagen. In der Kinderzelle wurden im Januar sechs Kinder gefoltert. Medizinische Hilfe wird – wenn überhaupt – zu spät gewährt. Während des Arztbesuches werden die Gefangenen gefesselt. Das Recht, dass Familien, die weit entfernt wohnen, eine Besuchszeit von zwei bis drei Stunden haben, ist gestrichen worden.

Nachdem keine Reaktion von den Behörden auf die Forderungen der Gefangenen kam, beteiligen sich die inhaftierten HDP-Abgeordneten Ayhan Bilgen, Meral Danış Beştaş und Nihat Akdoğan am Hungerstreik. Ebenso traten der HDP-Vorsitzende und Abgeordneten Selahattin Dermitas und der Abgeordnete Abdullah Zedan im Gefängnis Edirne in den Hungerstreik. Dort reagierte dann die Gefängnisleitung und mit gegenseitigen Übereinkünften wurde in Edirne der Hungerstreik nach 38 Tagen beendet. Die Angehörigen, IHD, TIHV, Humans Rights Watch, Anwaltsvereinigungen, HDP und der Kurdische Nationalkongress rufen auf, sich dem Widerstand der politischen Gefangenen zuzuwenden – bevor es zu spät ist. Die Gefangenen setzen ihr Leben für die Demokratie und Menschenrechte in der Türkei ein, sie haben nur dieses eine!

Rudolf Bürgel, Karlsruhe

US-Haushalt, Gesundheitswesen: Trump scheitert vorerst mit Abschaffung von „Obamacare“

Noch am Tag seiner Amtseinführung erließ US-Präsident Trump eine Anordnung an die Gesundheitsbehörden, sie sollten alle Möglichkeiten zur Kostensenkung bei den Versicherten, den Versicherungen und den Anbietern von Gesundheitsleistungen prüfen und ausschöpfen. Anschließend berief er Tom Price, einen bekannten Kritiker der Gesundheitsreform Obamas, in die Regierung.

Die Abschaffung von „Obamacare“ war eines der zentralen Wahlkampfthemen Trumps und zentrales Ziel der Republikaner seit Jahren. Trump versprach, die in Teilen der US-amerikanischen Gesellschaft inzwischen unter starke Kritik geratene Gesundheitsreform Obamas durch etwas „Fantastisches“ zu ersetzen. Er versprach, so Zeit online vom 30.3.2017, „... bessere Versorgung, niedrigere Prämien. Und es störte seine Wähler nicht, dass Kritiker ihm vorwarfen, keinerlei Details zu nennen, wie er das verwirklichen wolle. Trumps Idee basiere letztlich darauf, all die Elemente der Reform beizubehalten, die bei den Wählern offensichtlich gut ankamen. Etwa die Mitversicherung von Kindern bis zum Alter von 26 Jahren oder das Verbot, Versicherungsnehmer abzulehnen, weil sie eine Vorerkrankung haben.“

Die Einigkeit der Republikaner in genereller Kritik von „Obamacare“ verdeckte aber die großen Meinungsunterschiede darüber, welche Teile des Gesetzespaktes aufgehoben und welche erhalten werden sollten.

Trumps Entwurf eines Amerikanischen Gesundheitswesengesetzes von 2017 (American Health Care Act, AHCA) wurde aus den Reihen seiner eigenen Partei, den Republikanern, von zwei Seiten abgelehnt: von gemäßigten Republikanern, weil sie ihn zu weitgehend fanden und sich damit unter Gegendruck ihrer eigenen Wählern sahen, und von rechten Hardlinern, weil er ihnen nicht weit genug ging, also „Obamacare“ nicht vollständig beseitigen sollte, was bei einem über lange Zeit entstandenen komplexen Gesundheitssystem weder technisch-sachlich noch politisch überhaupt praktikabel und möglich wäre.

Auch viele Trump-Wähler hatten sich unter Obama daran gewöhnt, zum ersten Mal in ihrem Leben eine Krankenversicherung zu haben. Bekanntlich ist es allemal leicht, Mängel und Fehler eines bestehenden Zustandes anzuprangern. Aber für Teile der Gesellschaft eingetretene persönliche Verbesserungen wieder abschaffen? Daher gibt es auch unter den Republikanern Vertreter, die mehr Hilfen für Familien mit niedrigem Einkommen fordern, die zu den großen Verlierern von „Trumpcare“ gehören würden.

Bis zuletzt hatte Trump seine Partei unter Druck gesetzt, den Gesetzentwurf anzunehmen. Am 24.März 2017 teilte Paul Ryan, Sprecher des Abgeordnetenhauses, mit, den Entwurf wegen fehlender Mehrheit nicht zur Abstimmung zu stellen. Kurze Zeit darauf unternahm Trump abermals einen Versuch, der ebenfalls keine Mehrheit in den eigenen Reihen fand. So ging der Kongress dann ohne Gesundheitsreform in die Ferien, und Trump kündigte an, sich als nächstes mit einer Steuerreform zu beschäftigen. Das lässt nichts Gutes erwarten, allein schon angesichts des handwerklichen Vorgehens der Trumpregierung in Sachen Gesundheitsreform.

Dabei ist der Posten Gesundheitswesen nur einer von vielen in Trumps Vorlage des Budgetplanes 2017/2018. Dieser Haushaltsentwurf, für den Trump die Zustimmung des Kongresses braucht, steht unter Trumps Zielsetzung: Die Militärausgaben um 52,3 Mrd. Dollar zu erhöhen und die Nicht-Militärausgaben entsprechend zu senken. (America First, A Budget Blueprint to Make America Great Again, s. 49 ff, https://www.whitehouse.gov/sites/whitehouse.gov/files/omb/budget/fy2018/2018_blueprint.pdf)

Exemplarische Posten im Haushaltsentwurf:	
Umweltschutzbehörde	−31%
Außenministerium	−29%
Arbeit	−21%
Gesundheit und Soziale Dienste	−16%
Bildung	−14%
Wohnungsbau, Stadtentwicklung	−13%
Kriegsveteranen	+6%
Heimatschutz	+7%
Verteidigung	+10%

Zum besseren Verständnis der Problemlage des von Trump geplanten massiven Eingriffs in das US-amerikanische Gesundheitswesen, das sich grundsätzlich von vielen europäischen Gesundheits- und Sozialsystemen unterscheidet, haben wir nachfolgend Informationen zu vier Eckpunkten des US-amerikanischen Gesundheitssystems zusammengestellt: Medicare und Medicaid, „Obamacare“ und „Trumpcare“.

Christoph Cornides, Mannheim,
Rüdiger Lötzer, Berlin

Medicare, Medicaid, Obamacare, Trumpcare

Medicare

ist die öffentliche und bundesstaatliche Krankenversicherung innerhalb des Gesundheitssystems der USA für ältere oder behinderte Bürger. Medicare wurde am 30. Juli 1965 unter dem demokratischen Präsidenten Johnson (Nachfolger des 1963 ermordeten John F. Kennedy) im Rahmen von dessen Programm der great society (große Gesellschaft) unter dem Druck der US-Bürgerrechtsbewegung und der beginnenden Opposition gegen den Vietnam-Krieg durch Zusätze zum *Social Security Act* in das Sozialversicherungssystem der Vereinigten Staaten eingefügt und ist neben der Rentenversicherung die zweite bundesstaatliche Pflichtversicherung. Jeder US-Staatsbürger ab dem Alter von 65 Jahren und unabhängig vom Lebensalter, jeder Bürger mit einer anerkannten Behinderung und jeder Bürger mit akutem Nierenversagen, das eine dauerhafte Dialyse oder eine Nierentransplantation erforderlich macht, kann Medicare in Anspruch nehmen.

Die Versicherung bestand ursprünglich aus zwei Teilen:

- Teil A umfasst hierbei die **Hospital Insurance (HI), auch Medicare Part A** genannt, eine Pflichtversicherung für die Krankenhausbehandlung, finanziert zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Behandlung umfasst hierbei die stationäre Versorgung in Kliniken, in Pflegeheimen die stationäre Versorgung ohne Betreuung und Langzeitpflege und Hospizdienste.
- Teil B die **Supplementary Medical Insurance (SMI), auch Medicare Part B** genannt, eine ergänzende freiwillige Versicherung für ambulante Behandlung, finanziert durch monatliche Beiträge des Arbeitnehmers (Arztversicherung).

Die Medicare-Versicherung gewährleistet allerdings keine volle Kostendeckung, sondern sieht verschiedene Formen der Selbstbeteiligung vor. Leistungen für bestimmte Medikamente, Sehhilfen, Zahnbehandlungen und Hörgeräte werden nicht erstattet. Die Krankenhauskosten sind zu 85% abgedeckt. Arztleistungen haben eine Selbstbeteiligung von 20% und eine jährliche Einmalzahlung. Deshalb hat ein Großteil der über 65-jährigen

Bürger zusätzlich noch eine private Zusatzkrankenversicherung, um die Selbstbeteiligungen abzudecken. Mit dem *Medicare Catastrophic Coverage Act* vom 1. Juli 1988 wurden die Selbstbeteiligungen für die Krankenhaus- und Arztbehandlung reduziert, die Pflegebehandlungen verbessert und eine Erstattung bestimmter Arzneimittel eingeführt. Die Finanzierung erfolgte durch Beitragserhöhungen. Präsident Bill Clinton versuchte 1993, Medicare im Rahmen eines ehrgeizigen Programmes zu reformieren, scheiterte aber. Mit dem *Balanced Budget Act of 1997* sollten die Ausgaben bei den Medicare-Kosten gesenkt werden. Mit dem

- Teil C, der **Medicare Advantage (MA) bzw. Medicare Part C** Versicherungen, kann ein Teil der staatlichen Leistungen an private Krankenversicherungen abgetreten werden, und Medicare zahlt für jedes Mitglied einen bestimmten Betrag an die privaten Krankenversicherungen, die den Vertrieb hierfür auch übernehmen. Der Versicherungsnehmer ergänzt hierbei die Beiträge und kann individuelle ergänzende Leistungsangebote, zum Beispiel Übernahme der Kosten von bestimmten verschreibungspflichtigen Medikamenten, erhalten.

Mit dem Medicare Prescription Drug, Improvement, and Modernization Act of 2003 wurde ein vierter Teil der Medicare-Versicherung eingeführt. Mit Teil D, der **Medicare Prescription Drug Coverage bzw. Medicare Part D**, sollten wiederum die staatlichen Kosten gesenkt und über private Krankenversicherungen Zusatzleistungen finanziert werden. Der Versicherungsnehmer kann hierbei seit 2006 zwischen zwei Plänen wählen: einem Prescription Drug Plan (PDP) zur teilweisen Deckung der Medikamentenkosten oder Services and Prescription Drugs (MA-PD) Leistungen erhalten, zur teilweisen Deckung der medizinischen Leistungen und der Medikamente. Der Versicherungsnehmer kann sich dabei entscheiden, auf welche bestimmte Medikamente oder Klassen von Medikamenten und welchem Level die Deckung erfolgt oder welche hiervon ausgeschlossen sind, und versichert sich auf höhere Kosten in der Zukunft.

Finanzierung

Zur Finanzierung von Medicare wird landesweit auf Löhne und selbstständiges Einkommen eine Abgabe von 2,9 Prozent erhoben.

1999 beliefen sich die Gesamtausgaben für Medicare auf 190,45 Milliarden US-Dollar, 2009 auf 453 Milliarden US-Dollar. 2009 wurden rund 45 Millionen Bürger durch die Medicare versorgt. 2016 war das Medicare-Budget auf 685 Milliarden US-Dollar angestiegen, die Zahl der davon versorgten US-Bürger lag bei 57 Millionen. **Achtung:** Alle diese Zahlen umfassen immer das „Gesamtbudget" für Medicare, d.h. die Eigenbeiträge der Versicherten plus die (2016 etwa 70 Milliarden Dollar umfassenden) Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt.

Medicaid

(Medical Assistance) ist ein Gesundheitsfürsorgeprogramm für Personenkreise mit geringem Einkommen, Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen in den USA, das von den einzelnen Bundesstaaten organisiert und paritätisch zusammen mit der Bundesregierung finanziert wird. Dem Erhalt von Medicaid-Leistungen geht eine Bedürftigkeitsprüfung voraus.

Medicaid entstand im gleichen Jahr wie Medicare, also 1965, durch Gesetzgebung mit dem *Social Security Act of 1965*, eine Ergänzung zum 1935 eingeführten Sozialversicherungssystem der Vereinigten Staaten. Jeder Bundesstaat hat ein eigenes Medicaid-Programm, das die Centers for Medicare and Medicaid Services (CMS) zentral überwachen. Die einzelnen Bundesstaaten organisieren ihre Medicaid-Programme sehr unterschiedlich. Teilweise werden private Versicherungsgesellschaften mit der Abwicklung beauftragt, manchmal nimmt der Bundesstaat Leistungserbringer wie Ärzte auch direkt unter Vertrag. Das Programm kann in jedem Bundesstaat einen anderen Namen tragen, Beispiele sind Medi-Cal in Kalifornien, MassHealth in Massachusetts und TennCare in Tennessee.

Finanziert wird Medicaid durch Steuern des Bundes, der Einzelstaaten und der Gemeinden, wobei die Mischfinanzierung so geregelt ist, dass der Bund je nach Pro-Kopf-Einkommen der einzelnen Bundesstaaten 50 bis 80 Prozent der Kosten trägt, es im Bereich von Medicaid also arme und reiche Bundesstaaten gibt. Medicaid ist in den Staatshaushalten der meisten Bundesstaaten einer der größten Budgetposten, durchschnittlich ein Viertel der Ausgaben gehen in dieses Programm. 1985 hatten 19,2 Mio. Bürger bzw. 8,1 Prozent der US-Bevölkerung einen Medicaid-Versicherungsschutz. 1994 nutzten 33,5 Mio. Bürger Medicaid und die Kosten der Bundesregierung betrugen 77,4 Milliarden US-Dollar, die der Bundesstaaten 58,2 Milliarden US-Dollar. 2016 lagen die gesamten Ausgaben für Medicaid laut dem US-Gesundheitsministerium bei etwa 344 Milliarden Dollar (d.h. die Zuschüsse von Einzelstaaten plus die Bundeszuschüsse), die Zahl der davon „Versorgten" lag über 71 Millionen Personen. Von diesen waren 31 Millionen Kinder, etwa 10 Millionen Blinde und Schwerbehinderte und etwa 5,5 Millionen Personen über 65 Jahren.

Die Vergütung der medizinischen Leistungen bestimmen die Centers for Medicare and Medicaid Services aufgrund von Vorschlägen des bei der American Medical Association angesiedelten *Specialty Society Relative Value Scale Update Committee* (RUC).

Medicare und Medicaid, Unterschiede, Gemeinsamkeiten

Auch wenn ihre Namen ähnlich klingen, liegen Medicaid und Medicare unterschiedliche Konzepte zugrunde: Während letzteres sich innerhalb des Gesundheitssystems der Vereinigten Staaten eher an Menschen ab 65 Jahre richtet und dabei Beiträge, Selbstbehalte und Vorleistungen wie eine klassische Krankenversicherung kennt, ist *Medicaid* eine sozialhilfeartige Leistung, die als Kriterium für die Bedürftigkeit eine signifikante Verarmung des Empfängers voraussetzt, gegebenenfalls aber auch beide Kriterien erfüllt sein können. So sind ungefähr 6,5 Millionen Amerikaner Mitglied in beiden Programmen gleichzeitig, d. h., sie erfüllen sowohl die Aufnahmekriterien für *Medicaid* als auch für *Medicare*.

Pflegeversicherung

In den USA existiert im Wesentlichen keine Möglichkeit, sich gegen die finanziellen Belastungen einer langjährigen Pflegebedürftigkeit zu versichern. In den meisten Fällen finanzieren Betroffene ihre Pflegekosten zumindest anfänglich aus eigenen Mitteln, da Medicaid erst nach vollständiger Aufzehrung des eigenen Vermögens in Anspruch genommen werden kann (Subsidiarität).

Quellen: Wikipedia, US-Gesundheitsministerium

Obamacare – „Patient Protection and Affordable Care Act" (PPACA)

Traditionell basiert das US-amerikanische Gesundheitssystem auf der selbst abzuschließenden privaten Versicherung der Bürgerinnen und Bürger und der zusätzlichen staatlichen Notfallabsicherung durch Medicare/Medicaid.

Das führte dazu, dass in den USA etwa 60 Millionen Bürger nicht krankenversichert waren.

US-Präsident Obama zog deshalb 2008 in den Wahlkampf mit dem Ziel einer Gesundheitsreform, mit der 95 Prozent der 310 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner abgesichert werden sollten.

Ergebnis war dann während Obamas Regierungszeit nach langer Auseinandersetzung der „Patient Protection and

Affordable Care Act“ (PPACA) (in etwa „Gesetz für Patientenschutz und bezahlbare Pflege“), verabschiedet 2010 als Bundesgesetz, in Kraft getreten am 1. Oktober 2013, der Vereinfachung halber und, weil es als zentraler Bestandteil der Politik des 44. US-Präsidenten Barack Obama gilt, meist Obamacare genannt. Das Gesetz sowie weitere Folgegesetze waren in jeder Hinsicht stark umstritten. Die Auseinandersetzung ging auch nach der Verabschiedung und dem Inkrafttreten weiter.

Die grundsätzliche Zielsetzung des Gesetzes ist das sog. „individuelle Mandat“, nachdem alle Bürger der USA verpflichtet sind, individuell eine Krankenversicherung abzuschließen, es sei denn sie sind anderweitig, z.B. durch den Arbeitgeber abgesichert. Ausnahmen gibt es für Angehörige einiger weniger religiöser Gruppen. Es gibt eine Härtefallklausel, die Personen abdecken soll, die nicht wegen ihrer Armut von Medicaid abgesichert sind, sich aber eine Versicherung nicht leisten können. Die privaten Versicherer werden verpflichtet, jeden Patienten anzunehmen und die Versicherung nicht von einer Gesundheitsprüfung und dem Fehlen von Angaben zu Vorerkrankungen abhängig zu machen.

Ein Leistungsgrundbestandteil (Markenlabel „Bronze“) wird für alle Versicherungen verpflichtend eingeführt. Für diesen sind weder Ausgabendeckelungen noch Zuzahlungen zulässig. Darüber hinaus gibt es höherwertige Leistungspakete (Label „Silber“, „Gold“).

Die US-Bundesstaaten hatten ab Ende 2013 Vergleichsportale im Internet einzurichten, auf denen jedes Jahr im November alle in dem jeweiligen Bundesstaat zugelassenen Versicherungsträger ihre Prämien und Leistungen darstellen müssen. Bisher nicht versicherte Bürger können sich für eine Versicherung ab dem Januar des Folgejahres einschreiben. Steuervorteile und Subventionen stehen nur den Bürgern zu, die sich über eines der amtlichen Portale versichern.

Für gering verdienende Versicherte werden Zuschüsse zur Versicherung neu eingeführt und bestehende erhöht. Das bereits existierende Programm, das Kinder gering verdienender Familien versichert, wurde erheblich ausgeweitet.

Die Bundesregierung weitet Medicaid auf alle Personen aus, deren Einkommen unterhalb der Armutsdefinition des Bundes liegt.

25 Staaten haben sich – aus grundsätzlicher Ablehnung der Gesundheitsreform – gegen eine Ausweitung entschieden. Sie werden alle von einer republikanischen Mehrheit regiert. Diese Staaten beteiligen sich auch nicht an den Vergleichsportalen, so dass für ihre Bürger eine Internetseite der Bundesregierung eingerichtet wurde.

Um die private Versicherung aller Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, müssen alle diejenigen, die keiner der Ausnahmen unterliegen, ab 2015 das Äquivalent ihrer Versicherungsprämien an den Staat abführen. Das oberste Gericht entschied, dass eine solche Pflicht als Strafe unzulässig sei. Dafür deutete das Gericht dann aber diese Strafe in eine Steuer um und erklärte diese für zulässig.

Wichtige Ergebnisse von Obamacare waren bzw. sind:

- Bis 2019 sollen weitere 32 Millionen Menschen in den Genuss einer Krankenversicherung kommen,
- Menschen mit sehr geringem Einkommen erhalten staatliche Zuschüsse zur Krankenversicherung,
- die Zahl derer, die Medicaid erhalten, soll um 16 Millionen steigen,
- bei vielen Vorsorgeleistungen werden die privaten Zuzahlungen abgeschafft,
- Kinder dürfen bis zum 26. Lebensjahr in der Familienversicherung der Eltern versichert bleiben,
- kleine Unternehmen können erhöhte steuerliche Abzüge geltend machen, wenn sie ihren Arbeitnehmern Versicherungen vermitteln.

Problematische Auswirkungen von Obamacare, an denen sich Kritik und Trumps Gegenmobilisierung gegen Obamacare entzünden konnte, waren und sind:

- Zuzahlungen und Eigenbeteiligung werden für viele Patienten, die versichert sind, teurer.
- Durch die Leistungs- und Preisdifferenzierung der verschiedenen Versicherungspakete (Bronze, Silber, Gold) gibt es weiterhin Diskriminierung sowohl hinsichtlich des Einkommens wie hinsichtlich des Behandlungsumfangs durch die Ärzte.
- Die von den Versicherungen zu tragenden Gesundheitsrisiken werden teurer, da sie gezwungen sind, mehr Patienten mit hohem Gesundheitsrisiko aufzunehmen. Diesen Kostensteigerungen versuchen die Versicherer durch weitere Leistungsdifferenzierung zu umgehen bis hin zum Ausstieg aus Obamacare.
- Mindestens 23 Millionen US-Amerikaner werden auch 2019 noch unversichert bleiben, mehrere Dutzend Millionen werden stärker unterversichert sein.
- Während die Versicherer von Kranken individuell nicht mehr Geld verlangen können, können sie von bestimmten Altersgruppen bis zum Dreifachen verlangen und in Gebieten, wo die Bevölkerung durchschnittlich größere Gesundheitsprobleme hat oder die Kosten der Krankenversorgung höher sind, mehr Geld verlangen oder auch gar keinen Gesundheitsschutz anbieten.
- Bei der Einführung der Internetplattformen für den Abschluss von Versicherungen gab es viele technische Schwierigkeiten.

Da Obamacare keine allgemeine staatliche Krankenversicherung ist – ein Ziel, das Obama offensichtlich für undurchsetzbar hielt – ist Obamacare nicht gegen die Kritik und darauf aufbauende Spaltungsdemagogie gefeit, dass relativ besser Verdienende mit geringerem Gesundheitsrisiko Mehrkosten für Ärmere mit höherem Gesundheitsrisiko tragen.

Trumpcare (American Health Care Act, AHCA)

Der Entwurf zu einem Amerikanischen Gesundheitswesengesetz von 2017 (American Health Care Act of 2017) – Trumpcare – der schließlich nicht mehr zur Abstimmung gestellt wurde, da keine Aussicht auf eine Mehrheit unter den Republikanern bestand, sollte Teile von Obamacare, also Teile des Patient Protection and Affordable Care Act (PPACA) aufheben. Es sollte der erste Teil zu einem dreistufigen Plan der Aufhebung von Obamacare werden.

Dabei sollten Teile von Obamas Patient Protection and Affordable Care Act

- im Rahmen des Bundeshaushaltsplans,
- mit den Bestimmungen der Einzel- und Arbeitgebermandate (Pflicht zum Abschluss von Versicherrungen),
- den Regelungen verschiedener Steuern,
- der Versicherungspflicht für jeden amerikanischen Bürger,
- der Subventionen aus Steuermitteln abgeschafft
- und das Bundes-Medicaid-Programm geändert bzw. aufgehoben werden.

In den Jahren ihrer Opposition gegen Obamacare war es den Republikanern nicht gelungen, einen zusammenhängen Gesetzesentwurf zu der in der Tat komplexen Materie des Gesundheitswesens bzw. einer Gesundheitsreform zu entwickeln. Stattdessen hatten sie rund fünfzigmal gegen Gesetzentwürfe Obamas gestimmt, wobei diese Blockade stets am voraussehbaren Veto Obamas scheiterte. Ziel der Republikaner war die Blockade einer Gesundheitsreform und nicht ihre Weiterentwicklung bzw. die Lösung der strukturellen und technischen Probleme des US-amerikanischen Gesundheitswesens.

„Nach einer Hochrechnung des Congressional Budget Office (CBO), des Rechnungshofs des Kongresses, würden bei einer Umsetzung von Trumpcare bereits in 2018 14 Millionen US-Bürger ihre Krankenversicherung verlieren. Bis

2026 würde die Zahl derer, die keine Absicherung haben, auf 52 Millionen anschwellen.

Bliebe Obamacare bestehen, wären es dagegen ‚nur' 28 Millionen. (Das Weiße Haus hat, wenig überraschend, die Zahlen der unabhängigen Institution bereits als ‚falsch' bezeichnet.)" (Zeit online, 30.3.2017)

Quellen: Wikipedia; Ministerium für Gesundheitspflege und Soziale Dienste der Vereinigten Staaten (https://www.hhs.gov/regulations/index.html), Zeit online

Auslands-nachrichten

USA: Neuer Tarifvertrag für Del Monte Arbeiter

Gewerkschaftsmitglieder der RWDSU-Local-17 in Mendota, Illinois haben einen neuen Dreijahresvertrag mit Del Monte Foods ratifiziert. Del Monte Foods hat in den USA rund 8100 Mitarbeiter beschäftigt. Das Unternehmen produziert Gemüse, Obst und Tiernahrungsmittel. Die Produkte werden im In- und Ausland verkauft. Die Belegschaft in Mendota besteht aus rund 31 Angestellten und 106 regulären Stundenmitarbeitern mit einer Spitzenjahreszeit von rund 550 Mitarbeitern. RWDSU-Mitglieder bei Del Monte arbeiten bei einem Vertriebs- und Etikettierzentrum für Del Monte Lebensmittelprodukte. Die neuen Verträge verbessern die Löhne um 2,5 Prozent pro Jahr. Die Mitglieder werden in einen Gesundheitsunterstützungsplan und der höchsten zahnärztlichen Versorgung einbezogen. Der Verhandlungsausschuss hat auch zahlreiche Verbesserungen für Urlaubsregelungen, Freistellung bei Beerdigungen und der Einstufungen der Arbeitsklassifikationen abgeschlossen.

Quelle: http://rwdsu.info, 20.3.2017

USA: Erster Gewerkschaftsvertrag beim Pavillion Building Tower

Arbeiter im 21-stöckigen Pavillion Building Tower, Luxusappartements, in Newark, New Jersey, schlossen sich der RWDSU-Local-108 im vergangenen Jahr an, weil sie wollten, dass das Management sie mit Respekt behandelt. Die Arbeiter im Gebäude – Portiers bis hin zu Aufsehern und Kontrolleuren mit Kompetenzen wie Kühlung, Klimaanlage, Heizung und Sanitär – gewannen diesen Respekt, und haben jetzt ihren ersten Tarifvertrag. Der Zwei-Jahres-Vertrag bringt jährliche Erhöhung der Stundenlöhne, garantierten Mindestlohn und bringt Arbeiter in den RWDSU-Medizin-Plan. Die Arbeitnehmer erhalten Überstundenbezahlung für die Arbeit an Feiertagen, und der Vertrag beinhaltet Gesundheits- und Sicherheitsvorgaben. Darüber hinaus wird das Unternehmen die notwendigen Uniformen und Ausrüstung zur Verfügung stellen.

Quelle: http://rwdsu-info, 23.3.2017

Chile: Streik in Kupfermine Escondida beendet

Seit Ende Januar 2017 streikten die Minenarbeiter der Kupfermine Escondida. Streikgründe: Unterschiedliche Auffassungen zu Arbeitszeiten, spezifische Veränderungen im Schichtdienst sowie Löhne und Bonuszahlungen. Seitdem hat BHP Billiton, das größte Minenunternehmen der Welt und mit 57% Haupteigentümer der Escondida Mine, die Produktion komplett gestoppt. Dadurch wurden mehr als 41 000 Tonnen an erwarteter Kupferproduktion verloren. Der Streik in der weltgrößten Kupfermine Escondida in Chile, die allein fünf Prozent der Weltkupferminenproduktion verantwortet, wurde inzwischen nach 43 Tagen beendet. Die Gewerkschaft Nummer 1 bei BHP Bilitons Kupfermine La Escondida hat die „juristische Karte" gezogen: Das chilenische Arbeitsgesetz erlaubt es einer der beiden Seiten einer Auseinandersetzung, einmalig auf diesem Wege eine Verlängerung gültiger Tarifverträge um anderthalb Jahre zu erreichen. Da es das Unternehmen war, das eine Veränderung des gültigen Tarifvertrages wollte, ist es nunmehr mit dieser Absicht fürs erste gescheitert.

Quelle: http://www.miningscout.de, https://www.godmode-trader.de, 27.3.2017

Peru: Größte Kupfermine im „verbotenen" Streik

Seit 10. März befanden sich rund 1.300 Arbeiter der peruanischen Kupfermine Cerro Verde (in der Nähe der zweitgrößten Stadt des Landes, Arequipa) im Streik. Zunächst wurde ein einwöchiger Streik beschlossen. Obwohl die peruanische Justiz den Streik für illegal erklärte, wurde dieser trotzdem fortgesetzt. Grund für den Streik war zum einen die Weigerung des Unternehmens, mit der Belegschaft die weiteren Planungen des Betriebs zu diskutieren. Zum anderen forderten sie die Beteiligung an den größeren Gewinnen der Minen sowie bessere Familienbetreuungsleistungen und die Einbeziehung von Arbeitnehmern in die Untersuchung von arbeitsbezogenen Unfällen. Die Cerro Verde Mine produzierte 500 000 Tonnen Kupfer im Jahr 2016 und verdoppelte damit das Ergebnis von 2015 aufgrund von Erweiterungen des Betriebs. Kurz nach dem Ende des Streiks in der chilenischen Escondida Mine, wo rund 5% der Weltförderung an Kupfer erbracht werden, rückt dieser Streik bei Cerro Verde, die 2% zur Weltproduktion beiträgt, in die Aufmerksamkeit, weil die gesamte weltweite Kupferbranche durch diese Streiks in so großen Einzelunternehmen betroffen ist. Wie verschiedene Wirtschaftsblätter im Netz meldeten, ist der Streik inzwischen beendet.

Quelle: www.wsws.org, 27.3.2017

Welttag Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2017

Am 28. April jährt sich der Welttag für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit. Die diesjährige ILO-Kampagne konzentriert sich auf die dringende Notwendigkeit zur Verbesserung von Instrumenten zur Erhebung und Verwertung verlässlicher Daten zum Arbeitsschutz und zur Arbeitssicherheit (OSH-Daten). Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung haben die Vereinten Nationen im September 2015 einen globalen Aktionsplan zur Beendigung von Armut, zum Schutz unseres Planeten und zur Sicherung weltweiten Wohlstands verabschiedet. Sie enthält 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, zu deren Förderung und Implementierung die Mitgliedstaaten sich bekannt haben. Die Sammlung und Verwertung verlässlicher OSH-Daten ist dabei unerlässlich, damit alle Länder ihren Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten können. Das Nachhaltigkeitsziel 8 steht für die Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle. Es beinhaltet die Zielvorgabe 8.8, den „Schutz der Arbeitsrechte und sicherer Arbeitsumgebungen für alle Arbeitnehmer, einschließlich der Wanderarbeitnehmer, insbesondere der Wanderarbeitnehmerinnen, und der Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen". Die Länder sind daher aufgefordert, über die Häufigkeit von tödlichen und nicht tödlichen Arbeitsunfällen unter Berücksichtigung von Geschlecht und Aufenthaltsstatus zu berichten. Für die Erkennung neuer Gefahren und Risiken, zur Identifikation risikoreicher Branchen oder zur Entwicklung neuer Präventionsmaßnahmen ist die Erhebung und Verarbeitung dieser Daten ebenso wichtig wie für die Implementierung von Strategien, Programmen und Regeln auf internationaler und nationaler Ebene oder innerhalb von Unternehmen. OSH-Daten sind dabei die Basis sowohl für die Prioritätensetzung als auch für die Messung von Fortschritten.

Quelle: http://www.ilo.org, 4.4.2017

„Eine neue Transition in Spanien“

Im Vorfeld des zweiten nationalen Kongresses von Podemos (10./11. Februar) war es zu heftigen Auseinandersetzungen um die politische und organisatorische Ausrichtung gekommen. Drei Strömungen reichten eigene Listen zum 62-köpfigen Parteivorstand und Dokumente zu den inhaltlichen Entscheidungen (Politik, Organisation, Gleichberechtigung, ethische Grundsätze) ein.

456.725 Sympathisanten konnten zwischen dem 4. und 11. Februar in direkter Form auf der Podemos-Webseite über die Listen und die politischen Dokumente entscheiden.

Es bestand die Möglichkeit zwischen den Listen zu panaschieren und die Rangfolge der Kandidaten auf den Listen zu verändern. 155.190 beteiligten sich.

Bei der Wahl zum Parteivorstand erhielt die Liste um Generalsekretär Pablo Iglesias 50,8 % der Stimmen, die Liste um den bisherigen politischen Sekretär Iñigo Errejon 33,7 % und die Liste der Antikapitalisten 13,11 %. Iglesias wurde mit 87 % zum Generalsekretär wiedergewählt. Auch bei den vier Dokumenten errang die Strömung um Iglesias deutliche Mehrheiten (politisches Dokument 56 %).

„Plan 2020: Die PP schlagen, Spanien regieren“

Im folgenden einige Passagen aus dem 44-seitigen politischen Dokument „Plan 2020: Die PP schlagen, Spanien regieren“: „Wir müssen uns ab sofort vorbereiten, um das zweifache Ziel zu erreichen, die PP (und die Eliten, die sie repräsentiert) sozial und politisch zu schlagen und unser Land zu regieren; d.h. wir müssen uns zum einen darauf vorbereiten, 2019 die Wahlsiege in den ‚Rathäusern der Wende‘ zu bestätigen, diese auf weitere Gemeinden und auf autonome Regionen auszuweiten, und zum anderen, 2020 die spanischen Parlamentswahlen zu gewinnen.“

Die Politik der sozialen Kürzungen der Regierungen Zapatero (PSOE) und Rajoy (PP) habe zum Ausbruch der politischen Krise des Regimes geführt, vor allem zur dadurch hervorgerufenen enormen Enttäuschung der Erwartungen der Mittelklasse. Die Bewegung der Empörten (15 M) habe breite soziale Mobilisierungen angestoßen, wie z.B. die Kämpfe gegen die Zwangsräumungen von Wohnungen, gegen die Privatisierungen im Gesundheitswesen, gegen die Kürzungen im Erziehungswesen und so weiter. Ein breiter Konsens der Ablehnung der ökonomischen und politischen Eliten und der Einforderung demokratischer Rechte sei entstanden, der nicht einfach innerhalb des traditionellen Links-Rechts-Schemas begriffen werden könnte und die Formierung eines neuen politischen Raums ermöglichte.

Es sei nicht zu erwarten, dass ruhige Zeiten der „Normalität“ und eine Rückkehr zur Vergangenheit eintreten würden, im Gegenteil eine Transition zu etwas Neuem. Die Eliten und ihre Apparate wollten eine politische Blockade mit dem Ziel der Restauration errichten.

„Spanien wird kein Modell des Zusammenlebens errichten können, das auf der Prekarität als Norm der Arbeitsbeziehungen basiert, auf Hungerlöhnen, auf chronischer Nichtbeschäftigung (niemals unter 15 %), auf dem allmählichen Verfall der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Dienste, auf Renten, die Jahr für Jahr Kaufkraft verlieren und Millionen von Menschen bedrohen mit der Unmöglichkeit im Alter eine würdige Rente zu erreichen, auf der Zuzahlung zu Medikamenten, auf der Privatisierung des Gesundheitswesens, auf der beschleunigten Ungleichheit, auf der Umleitung öffentlicher Aufgaben an private Hände, auf einem nichtakzeptablen Armutsniveau, auf beschränkten bürgerlichen Rechten, auf der Auswanderung von Jugendlichen, auf dem fehlenden institutionellen Handeln gegen chauvinistische Gewalt und so weiter.“

„Wir können nicht zulassen, dass unser Volk resigniert und sich daran gewöhnt, unter diesen Bedingungen zu leben. Um dies zu verhindern, müssen Prozesse des ökonomischen, politischen und sozialen Wandels eingeleitet werden, mit dem Ziel auf die schwierigen Probleme zu antworten, mit denen heute eine große soziale Mehrheit sich konfrontiert sieht.“

Die ökonomische Agenda von Podemos muss sich daran orientieren, so schnell wie möglich die Kürzungen im Gesundheits- und Erziehungswesen, im kulturellen Bereich usw. rückgängig zu machen, die für 2017 vermittels des Abkommens zwischen PSOE und PP über die Deckelung der Haushaltsabgaben bereits abgesichert wurden. Wir müssen Priorität darauf legen, unser obsoletes, stagnierendes und abhängiges Produktivitätsmodell umzuwandeln (entworfen um unser Land in einen europäischen Randstaat zu Diensten der wirtschaftlichen Interessen der großen europäischen Machtzentren zu machen).

Podemos muss all seine institutionellen, politischen und organisatorischen Möglichkeiten bündeln, um ein neues Projekt für das Land zu formulieren. Das erfordert eine institutionelle und politische Übereinkunft mit den verschiedenen sozialen Sektoren, die den Wandel möglich machen wollen.

Claus Seitz, Schweinfurt

„Rathäuser der Wende“

Bei den Gemeinderats- und Regionalwahlen im Mai 2015 eroberten linke Bündnisse (lokale Organisationen, Podemos) die Rathäuser von vier der fünf größten spanischen Städte (Madrid, Barcelona, Valencia, Zaragoza), ebenso die von Cadiz, La Coruña, Santiago de Compostela, Ferrol und Pamplona.

In den autonomen Regionen Valencia, Castilla la Mancha, Extremadura, Balearen und Aragon konnten PP-Regierungen von der PSOE mit Unterstützung von Podemos und Compromis (Valencia) abgelöst werden. In Navarra regiert seither ein linkes Drei-Parteien-Bündnis. Zu den spanischen Parlamentswahlen im Dezember 2015 gelang es Podemos linke, stark in den jeweiligen Regionen verankerte Organisationen wie en Comun (Katalonien), Compromis und die Mareas (Galicien) in die Kandidatur einzubinden. Podemos teilt deren Auffassungen bezüglich eines pluralnationalen Spaniens, tritt für das Recht auf Selbstbestimmung und die Durchführung eines Referendums in Katalonien ein, empfiehlt aber den gemeinsamen Kampf für einen demokratischen Wandel innerhalb Spaniens. Mit 5,19 Millionen Stimmen (20,7 Prozent) wurde das Wahlbündnis knapp hinter der PSOE drittstärkste Partei. Zur zweiten Parlamentswahl am 20. Juni 2016 wurde das Wahlbündnis auf nationaler Ebene um die Vereinigte Linke und die ökologische Equo-Partei erweitert. Die hohen Erwartungen auf Stimmenzuwachs wurden allerdings enttäuscht, das Wahlbündnis Unidos-Podemos erreichte 5,09 Millionen Stimmen (21,1 Prozent).

Aktionen … Initiativen

Kampagne „MACHT FRIEDEN“ fordert Ende des Bundeswehreinsatzes. Zivile Opfer bei Luftangriff in Syrien: Bundeswehr lieferte Aufklärungsbilder des Schulgebäudes

Berlin. Nach Medieninformationen haben die Aufklärungsbilder der Bundeswehr im Syrieneinsatz offenbar dazu beigetragen, dass 33 Zivilist*innen gestorben sind. Nach Informationen von NDR und WDR waren die Aufklärungsbilder, die deutsche Tornados am 19. März 2017 lieferten, Teil der Grundlage für einen Luftangriff der Anti-IS-Koalition auf eine ehemalige Schule am 20. März 2017, bei dem bis zu 33 Zivilist*innen starben. Spätestens damit wird klar: Die Bundeswehr ist entgegen der allgemeinen Wahrnehmung aktiv in Kampfhandlungen involviert und muss den Tod Unschuldiger mitverantworten. Die Kampagne *„MACHT FRIEDEN – Zivile Lösungen für Syrien“* erwartet, dass die Rolle der Bundeswehr bei dem Angriff am 20. März lückenlos aufgeklärt wird. Sie fordert zudem Bundesregierung und Bundestag auf, den Bundeswehreinsatz in Syrien zu beenden und sämtliche Waffenlieferungen in die Region sofort zu stoppen. Stattdessen solle sich Deutschland für diplomatische Schritte und Maßnahmen zur Schaffung eines nachhaltigen Friedens in Syrien einsetzen.

Alle bisherigen Erfahrungen mit Auslandseinsätzen wie dem in Afghanistan haben gezeigt: Gewalt ist nicht mit Gewalt zu bekämpfen, Terrorismus nicht mit Militär.

Im Gegenteil: Militärische Interventionen bilden den Nährboden für Terrorismus und Extremismus … Das militärische Engagement der Bundeswehr in Syrien verstößt zudem nach Meinung vieler Expert*innen gegen Grundgesetz und Völkerrecht. Zwar erfolgten sowohl die Erstzustimmung im Dezember 2015 als auch die Verlängerung des Mandats im November 2016 jeweils mit großer Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages. Doch gegen die Begründung der Mandatierung mit dem Selbstverteidigungsrecht gemäß Artikel 51 der UN-Charta, der EU-Beistandsklausel sowie verschiedener UN-Resolutionen des Sicherheitsrates werden von sicherheitspolitischen, friedenswissenschaftlichen und völkerrechtlichen Expert*innen gravierende rechtliche Bedenken vorgetragen.

Das Mandat ist damit juristisch keineswegs so wasserdicht, wie die Bundesregierung behauptet. **www.ippnw.de**

Ostermarsch Rhein-Ruhr: Nein zu Krieg und Terror! – Nein zur weiteren Aufrüstung Deutschlands und der EU!

Wir brauchen eine neue Politik!

Tagtäglich werden uns Bilder von Kriegen in aller Welt gezeigt – und man will uns glauben machen, dass unsere Welt durch noch mehr Militär, durch noch mehr Krieg sicher werden soll. Das vertritt auch die Regierung unseres Landes, wenn sie den Rüstungsetat in den nächsten Jahren nahezu verdoppeln will und Auslandseinsätze der Bundeswehr in aktuell 15 Staaten zu verantworten hat, u.a. in Syrien, in Mali, in Afghanistan und bald in Litauen. Die EU, immerhin Friedensnobelpreisträger, soll unter Führung Deutschlands und Frankreichs ebenfalls aufrüsten. Unser Land wird zu einem Aufmarschgebiet im Konflikt mit Russland …

Unsere Forderungen:

– Stopp sämtlicher Auslandseinsätze der Bundeswehr. Keine neuen Truppen- und Waffenstationierungen in unserem Land. – Einstellung aller Rüstungsexporte mit dem Ziel, die Rüstungsproduktion deutscher Unternehmen generell einzustellen. – Einfrieren des deutschen Rüstungshaushalts, Verzicht auf Neuanschaffungen, mit dem Ziel, die Ausgaben für Tod bringende Rüstung nach und nach zurückzufahren. – Ersatzloser, sofortiger Abzug der US-Atomwaffen vom Standort Büchel, wie schon 2010 vom Bundestag beschlossen. Unterstützung für die Konvention zur völkerrechtlichen Ächtung der Atomwaffen und die Initiative der UN zur Ächtung von Uranmunition durch die Bundesregierung. Entzug der Betriebsgenehmigung für die Urananreicherungsanlage der URENCO in Gronau sowie deren Schließung, damit deren Atomwaffen-Technologie nicht an Dritte verkauft werden kann. – Keine Killer-Drohnen für die Bundeswehr. Stopp der Unterstützung der US-amerikanischen Drohnenmorde von deutschem Boden. Nein zur Cyber-Kriegsführung. – Verbot von Bundeswehrwerbung jeglicher Art: Werben für das Erlernen des Tötens ist verwerflich. Einstellung aller Maßnahmen, Minderjährige für die Bundeswehr anzuwerben und zu verpflichten. – Unser Land leidet darunter, dass faschistisches und nationalistisches Gedankengut wieder auf dem Vormarsch ist. Offen rechtsgerichtete Parteien wie NPD, die RECHTE und AfD dürfen ihr Unwesen genau so treiben wie getarnte rechtsradikale Gruppen und Nazi-Anhänger. Damit muss Schluss gemacht werden …

www.ostermarsch-ruhr.de/aufruf.html

Rüstungsexportverbot zum Wahlkampfthema machen!

Frankfurt. 170 motivierte TeilnehmerInnen der „Aktionskonferenz 2017 – Stoppt den Waffenhandel!“ diskutierten am 3. und 4. März 2017 in Frankfurt wie man den Druck auf die Politik erhöhen kann und brachten das Thema bei einer Kundgebung auf dem Römerberg in Frankfurt in die Öffentlichkeit.

Frankfurter Erklärung

Darin fordert die Aktion Aufschrei auf dem Weg zu einem grundsätzlichen Verbot der Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern von der Bundesregierung und den Abgeordneten des Deutschen Bundestages als nächste Schritte

• ein Verbot des Exports von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition, • den Stopp des Exports von Kriegswaffen, Rüstungsgütern und Dual-Use-Gütern in kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten, • ein Verbot von Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Kriegswaffen und Rüstungsgüter und

• ein Verbot von staatlichen Bürgschaften zur finanziellen Absicherung von Rüstungsgeschäften. **www.dfg-vk.de/startseite**

„Ministerin für Reaktorsicherheit zum Handeln verpflichtet“

Berlin. Anti-Atomkraft-Initiativen sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die Ärzteorganisation IPPNW sind entsetzt über die passive und abweisende Reaktion der Bundesministerin für Reaktorsicherheit, Barbara Hendricks, in Bezug auf die jetzt bekannt gewordenen Exporte von Brennelementen aus dem niedersächsischen Lingen zu den hoch gefährlichen Pannenreaktoren Tihange 2 und Doel 1, 2 und 3 in Belgien.

Besonders alarmierend ist, dass das Bundesministerium für Reaktor-Sicherheit öffentlich erklärt, dass ausgerechnet die Sicherheit der Atomreaktoren in Belgien für Exportgenehmigungen nicht maßgeblich sei. Auch erklärt das Ministerium die klaren Vorgaben des Atomgesetzes aus fadenscheinigen Gründen für nicht anwendbar. Begeht Ministerin Hendricks mit der Weigerung, Exportgenehmigungen für Hochrisikoreaktoren zu stoppen, womöglich sogar Rechtsbruch?

https://www.ippnw.de

Blockade in Büchel zum Start der heutigen UN-Verhandlungen

Stuttgart. Mit einer Blockade des Atomwaffenlagers Büchel am Montag untermauerten Friedensaktivisten aus ganz Deutschland die Forderung nach Abzug der dort gelagerten Atomwaffen. Außer-

dem fordern sie die Teilnahme Deutschlands an den heute in New York beginnenden Verhandlungen für ein Verbot von Atomwaffen. Bereits gestern protestierten bis zu 100 Personen bei verschiedenen Veranstaltungen in Cochem, nahe dem Atomwaffenstützpunkt Büchel. Die Grußworte von Bürgermeistern aus Köln, Bonn, Düsseldorf und vielen kleineren Städten bekräftigten den eindringlichen Wunsch und die völkerrechtliche Verpflichtung nach atomarer Abrüstung.
Eine breite Mehrheit der UN-Mitglieder hatte am 23. Dezember 2016 beschlossen, eine Konferenz zum Thema Atomwaffen einzuberufen. Deutschland hatte wie die meisten Nato-Staaten gegen die Resolution gestimmt. Ab heute 10 Uhr Ortszeit in New York diskutieren geschätzte 130 Staaten über einen Vertrag, der die Ächtung und Abschaffung dieser Massenvernichtungswaffen zum Ziel hat. Die Verhandlungen finden in einer Zeit statt, in der ausnahmslos alle Atomwaffenstaaten Aufrüstungsprogramme aufgelegt haben. Dass Deutschland bei diesem Prozess fehlt, kritisierten kürzlich mehrere Organisationen in einem Brief an Außenminister Gabriel.

http://www.atomwaffenfrei.de/

NGOs fordern deutsche Teilnahme an Atomverhandlungen

Berlin. Die Bundesregierung soll sich an den internationalen Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot beteiligen. Das fordert ICAN Deutschland gemeinsam mit anderen Nichtregierungsorganisationen in einem offenen Brief an Außenminister Sigmar Gabriel. Ab 27. März werden die Vereinten Nationen in New York über einen Verbotsvertrag beraten. Der ehemalige deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier hatte angekündigt, dass Deutschland den Verhandlungen fernbleibt.
In dem Brief wird das kritisiert: „Der Boykott von multilateralen Verhandlungen zu einem Atomwaffenverbot schadet der Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik im Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle.“ Diese Haltung sei mit dem außenpolitischen Selbstverständnis Deutschlands als fördernde Kraft von Völkerrecht und Frieden nicht vereinbar. Die NGOs hoffen nun, dass Gabriel die ablehnende Haltung aufgibt. Unterzeichnet ist der Brief von den Friedensorganisationen DFG-VK, ICAN, IPPNW, Ohne Rüstung Leben und Pax Christi, den Entwicklungsorganisationen Medico International und Oxfam, sowie der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald … Im vergangenen Jahr hat eine überwältigende Mehrheit der Staatengemeinschaft für Verbotsverhandlungen gestimmt. Deutschland bildet derzeit mit den USA, einigen weiteren Nato-Staaten und Russland einen Block gegen jeden Fortschritt in Richtung Ächtung. Dabei würde mit einem Verbot eine Lücke im Völkerrecht geschlossen: Nuklearwaffen sind die einzigen Massenvernichtungswaffen, die noch nicht völkerrechtlich geächtet sind.

Den offenen Brief an Außenminister Sigmar Gabriel finden Sie hier: http://www.icanw.de/wp-content/uploads/2017/03/20170302_Brief_Gabriel_final.pdf – https://www.dfg-vk.de/startseite

Gemeinsamer Antrag von Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag

Verhandlungen über einen Atomwaffenverbotsvertrag aktiv unterstützen

Berlin. 22.3.2017. Der gemeinsame Antrag von Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag unterstützt die Initiative nichtpaktgebundener Staaten (v.a. Österreichs, Brasiliens, Mexikos, Irlands und Südafrikas), auf UN-Ebene Verhandlungen über ein Verbot von Nuklearwaffen zu beginnen. Die Bundesregierung stimmte in beiden behandelnden UN-Gremien gegen die Aufnahme solcher Verhandlungen. Diese Positionierung wird kritisiert, verbunden mit der Forderung, sich konstruktiv und konsequent für eine völkerrechtlich verbindliche Ächtung von Atomwaffen einzusetzen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest: 2015 scheiterte zum zweiten Mal eine Überprüfungskonferenz des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Seit dessen Existenz haben die offiziellen Atommächte zwar ihre Arsenale im Vergleich zum Höchststand aus dem Kalten Krieg reduziert, es gibt weltweit aber immer noch mehr als 15 000 Atomwaffen. 90 Prozent davon befinden sich im Besitz von Russland und den USA. Statt diese verbliebenen Arsenale weiter zu reduzieren, werden sie aktuell weltweit modernisiert. Davon sind auch die in Deutschland auf dem Fliegerhorst Büchel gelagerten US-amerikanischen Atomwaffen betroffen. Die Bundesregierung unterstützt im Rahmen der nuklearen Teilhabe in der Nato diese Modernisierung durch eine Anpassung von Trägermitteln und die Bereitstellung von Soldatinnen und Soldaten für den Einsatz der Atomwaffen. Damit hat sie sich vom Ziel, diese Waffen abziehen zu lassen, verabschiedet. Die Bundesregierung plant sogar Steuergelder für die Modernisierung von Tornados der Bundeswehr und der entsprechenden Infrastruktur bereitzustellen.
Außenpolitisch bekennt sich Deutschland zu einer Welt ohne Atomwaffen. Verschiedene internationale Initiativen haben versucht, diesem Ziel endlich näherzukommen. Seit einigen Jahren macht die „Humanitäre Initiative“ auf die verheerenden humanitären Folgen einer Atomwaffendetonation aufmerksam.
Die Resolution 258 der UN-Generalversammlung, die im Dezember 2016 verabschiedet wurde, betont dabei zurecht, dass es in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht gelungen ist, weitere multilaterale Verhandlungen über nukleare Abrüstung konkret voranzubringen. Nicht nur die große Mehrheit von über hundert Staaten, die der Resolution zugestimmt hat, verdeutlicht, dass es ungeachtet der Tatsache, dass der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen der Kern des internationalen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsregimes ist, weitere Anstrengungen für engagierte Abrüstung und ein verbindliches Verbot von Nuklearwaffen braucht. Deshalb wurde mit der Resolution die Einrichtung einer Konferenz beschlossen, die 2017 über ein rechtlich verbindliches Instrument verhandeln soll. Das Ziel ist die perspektivische Aushandlung eines völkerrechtlichen Vertrages, der Atomwaffen ächtet und ihren Besitz und Einsatz verbietet – ähnlich wie bei den bereits geächteten chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen. Die überwältigend große Mehrheit der Staaten hat damit ein deutliches Zeichen für Fortschritte auf dem Weg zu einer nuklearwaffenfreien Welt gesetzt. Deutschland allerdings stimmte leider mit den Atommächten Frankreich, Großbritannien, Russland und den USA gegen die Resolution. Nun wurde bekannt, dass die Bundesregierung nicht an diesen internationalen Verhandlungen über eine Ächtung und ein Verbot von Atomwaffen teilnehmen will. Mit ihrer ablehnenden Haltung sendet die Bundesregierung ein falsches Signal, schadet massiv der abrüstungspolitischen Glaubwürdigkeit Deutschlands und schwächt zudem die Vereinten Nationen.

Der vollständige Antrag findet sich hier:

https://www.linksfraktion.de/parlament/parlamentarische-initiativen/detail/verhandlungen-ueber-einen-atomwaffenverbotsvertrag-aktiv-unterstuetzen/

Köln: Luftreinhalteplan und Fahrverbote – Autoverkehr mit Anreizen reduzieren …

Die Kölner Luft ist vielerorts schadstoffbelastet. Am Clevischen Ring in Mülheim werden die zulässigen Grenzwerte für Stickoxide dauerhaft überschritten. Durch eine Klage der Deutschen Umwelthilfe droht nun dort ein Fahrverbot. Der eilig überarbeitete Luftreinhalteplan soll Abhilfe schaffen. – In der Beschlussvorlage der Kölner Stadtverwaltung werden als mögliche Maßnahmen unter anderem Diesel-Fahrverbote und die City-Maut genannt. Diese hatte der Umweltdezernent Dr. Rau in der Pressekonferenz vorgestellt und einen wahren Sturm der Entrüstung geerntet. Auch die Oberbürgermeisterin distanzierte sich von Teilen der Vorlage, nachdem sie sie einen Monat zuvor schlussgezeichnet und damit für die Beratungen im Rat und den Ausschüssen frei gegeben hatte. Das ist unseriös und schlechter Stil gegenüber den Mitarbeitern.

Die Verwaltung führt in ihrer Beschlussvorlage 25 mögliche Maßnahmen zur Reduzierung der Stickoxidbelastung in Köln auf. Zusätzlich werden elf Vorschläge der Deutschen Umwelthilfe aufgeführt, die mit ihren Klagen die aktuelle Diskussion ins Rollen gebracht hatte. Nach Einschätzung der Verwaltung wird eine Kombination von Maßnahmen nötig sein, um eine wirkliche Verbesserung zu erreichen. Da kann es doch nicht sein, dass wir wirksame Maßnahmen vor jeder Beratung fallen lassen, nur weil sie sich im Facebook-Feed als unpopulär erweisen!

Mit Anreizen, das Auto stehen zu lassen und stattdessen mit der Bahn zu fahren, können wir die Luftbelastung in Köln schnell und deutlich reduzieren. Wenn wir Leute zum Umstieg bewegen wollen, dann müssen wir ihnen eine Alternative zum Auto bieten. Wir brauchen zusätzliche Bahnen auf den Linien 4 aus Schlebusch und 1 aus Bensberg. Für andere Pendlerstrecken brauchen wir elektrische Schnellbusse. Auf mittlere Sicht müssen wir mehr Park&Ride anbieten, Linien verlängern und neue, z.B. nach Leverkusen bauen.

Busse und Bahnen sind im Vergleich zum Auto zu teuer. Wie kann es sein, dass jemand, der auf einem Park&Ride-Platz parkt und mit der Bahn in die Stadt fährt, mehr zahlt als jemand, der in der Innenstadt für vier Euro am Tag parkt? Unsere Antwort darauf ist das Einwohnerticket, das über eine allgemeine Umlage finanziert wird. So können wir Busse und Bahnen preisgünstig und attraktiv machen!

Wenn wir keine Reduzierung des Autoverkehrs schaffen, dann werden Fahrverbote gerichtlich durchgesetzt werden, denn der jetzige Zustand ist ein andauernder Verstoß gegen geltendes Recht. SPD, CDU und FDP leugnen diese Realitäten, und machen ihren Wählern weis, es könne alles bleiben wie es ist. Wenn diese Parteien jetzt von einer Benachteiligung oder Bevormundung der Autofahrer sprechen, dann ignorieren sie, dass die jetzige Situation das Ergebnis ihrer verfehlten Politik ist.

Über Jahrzehnte haben sie Verkehrswege nur mit Blick auf den PKW gebaut. Fußgänger, Radfahrer, Busse und Bahnen wurden an den Rand gedrängt. Die Folgen dieser Bevorzugung des Autos sind Stau, Lärm und eine Stadtluft, die krank macht. Wir brauchen jetzt eine Kölner Verkehrswende und dafür muss das Auto Platz abgeben!

Michael Weisenstein, Köln,
Jörg Detjen, Köln

… Ost-West-Tunnel wäre eine Investition für das Auto, nicht für den ÖPNV

Der angedachte Tunnel zwischen Heumarkt und Neumarkt hätte kaum positive Effekte für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Der neuralgische Punkt für den ÖPNV ist der Neumarkt. Hier treffen eine Vielzahl an Bahn- und Buslinien aufeinander. Der geplante Tunnel hat hierauf aber keinen Einfluss, denn die Bahnen kämen noch vor dem Neumarkt an die Oberfläche. Auch eine relevante Erhöhung der Geschwindigkeit der Bahnen zwischen Heumarkt und Neumarkt würde es durch den kurzen Tunnel kaum geben.

Wozu wird dann also der Tunnel geplant? Er ist eine Investition für den Autoverkehr. Autos, die von der Nord-Süd-Fahrt auf die Cäcilienstraße abbiegen oder umgekehrt, müssen nicht mehr auf kreuzende Bahnen warten. Gelder, die der ÖPNV dringend braucht, sollen umgeleitet werden, um Autoverkehr in die Innenstadt besser fließen zu lassen.

Tunnelverbindungen sind teuer. Sie kosten das Vielfache einer oberirdischen Straßenbahn. Dieses Geld wäre an anderen Stellen besser investiert: Für eine Verbindung zwischen Mülheim und Kalk auf der Frankfurter Straße zum Beispiel, oder für den seit Jahrzehnten fehlenden Stadtbahnanschluss für Neubrück.

Am Neumarkt ist Die Linke für eine oberirdische Lösung. Der Bahn muss Vorrang eingeräumt werden, und Flächen, die heute für den Autoverkehr reserviert sind, müssen der KVB, den Radler/innen und den Fußgängern zugeschlagen werden.

Um den ÖPNV in der Innenstadt nachhaltig zu entspannen, brauchen wir zum einen eine Erhöhung der Kapazitäten. Die Diskussion hierüber, z.B über Dreifachtraktionen (also drei statt zwei Waggons pro Bahn) ist im Gange. Zum anderen müssen wir aber auch dafür sorgen, dass niemand überflüssigerweise über die Innenstadt fahren muss. Die zentralisierte Struktur des Kölner Stadtbahnnetzes erzwingt in vielen Fällen, dass jemand aus äußeren Vierteln erst einmal in die Innenstadt fährt, um auf einer anderen Linie wieder aus der Stadt heraus zum eigentlichen Ziel zu kommen.

Schnellbuslinien könnten da Abhilfe schaffen: Eine Schnellbuslinie entlang der Inneren Kanalstraße, von der Universität über Neuehrenfeld, Sechzigviertel bis nach Riehl mit Anschluss des Deutzer Bahnhofs über die Zoobrücke würde viele Fahrten durch die Innenstadt überflüssig machen und die Umsteigepunkte Neumarkt, Hauptbahnhof, Rudolfplatz und Friesenplatz entlasten. Um eine solche Linie zu einer möglichst attraktiven Alternative zum Auto zu machen, sollte sie im fünf-Minuten-Takt fahren und auf einer eigenen Busspur am Berufsverkehr vorbeifahren. Die Kosten für diese Linie wären vergleichsweise niedrig, Planung und Umsetzung wären schnell zu machen, die Entlastung der Innenstadt wäre immens.

Ein Tunnelbau hat dagegen eine lange Umsetzungszeit. Auch ein so kurzer Tunnel zwischen Heumarkt und Neumarkt wäre selbst im optimistischsten Fall nicht vor 2025 fertiggestellt.

Michael Weisenstein, Köln
Beiträge aus: Platzjabbeck, Nr. 3 2017
www.linksfraktion-koeln.de/

VRR untersucht fahrscheinfreien Nahverkehr: Dortmund. Nach der ÖPNV-Enquetekommission und Studien der Piratenpartei untersucht der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) den fahrscheinfreien Nahverkehr. Vorbild ist das Semesterticket. Tarife für die Nutzung von Bus und Bahn sollen angemessen, einfach und gerecht für die Nutzer sowie auskömmlich für die Betreiber sein. Die Realität sieht anders aus. Doch der Abschlussbericht der Enquetekommission zu Finanzierungsoptionen des öffentlichen Personenverkehrs im NRW-Landtag schlägt hohe Wellen beim Verkehrsverbund Rhein-Ruhr. Die Verwaltungsebene des VRR hat zugesagt, die Finanzierbarkeit eines von allen Bewohnern gemeinschaftlich zu finanzierenden Tickets für Bus und Bahn zu untersuchen. „Genau das ist eine der Empfehlungen unseres Berichtes. Vorbild ist das ebenfalls solidarisch finanzierte Semesterticket für Studierende, ein Erfolgsmodell", sagt Oliver Bayer. Der Sprecher der Piraten im Verkehrsausschuss des Landtags war Vorsitzender der Enquetekommission. „Wir sprechen vom fahrscheinfreien öffentlichen Nahverkehr, bei dem alle – ohne Fahrschein – einfach einsteigen und mitfahren können. Piraten fordern das seit Jahren und haben vor und nach der Enquetekommission verschiedene Machbarkeitsstudien dazu in Auftrag gegeben und vorgelegt." Christian Gebel, von der Dortmunder Ratsfraktion Die Linke & Piraten entsandter Vertreter in der Verbandsversammlung des VRR, ergänzt: „Noch liegt die Berechnung natürlich nicht vor, aber das Ziel liegt bei etwa 30 Euro pro Person und Monat. Das scheint auch realistisch, denn in diesem Preisrahmen liegt heute bereits das Semester-Ticket der Studierenden." Die Forderung, dieses Modell auf Auszubildende auszuweiten, wird inzwischen sogar von der Ministerpräsidentin ins Land getragen.

www.fahrscheinfrei.de, www.dielinke-dortmund.de

Im Januar streikten Bus- und Straßenbahnfahrer_innen in Darmstadt. Es geht nicht nur um die Gehaltserhöhung von 1,50 €/Std. „Die Ausbildung müssen wir selber bezahlen. Das sind sieben- bis achttausend Euro", berichtet Herr Bardak, einer der Busfahrer. Aber die Liste der schlechten Arbeitsbedingungen ist lang: „In den letzten zehn Jahren ist der Stundenlohn um lediglich 1,50 € gestiegen, die Kosten für Lebensmittel und Miete sind aber schneller gewachsen als der Lohn", fährt Bardak fort. „Die Dienste dauern bis zu 14 Stunden, davon werden aber teilweise nur 7 ½ Stunden bezahlt, weil die Pausenzeiten nicht eingerechnet werden. Für die Fahrer aber, die nicht in der Nähe zum Depot wohnen, macht es keinen Sinn nach Hause zu fahren. D. h. aber, man hat nur 10 Stunden am Tag zum Schlafen, Einkaufen und für seine Kinder." Umso länger man den Busfahrern am Streikposten zuhört, umso schneller begreift man, dass es sich hier nicht um einen gewöhnlichen Streik handelt, als welcher er in den Medien dargestellt wird: auf der einen Seite die Streikenden, die für sich mehr Lohn fordern und auf der anderen Seite die Arbeitgeber, die teils aus unternehmerischem Denken und teils aus Konkurrenzdruck keine höheren Lohnkosten tragen wollen oder können. Hier geht es auch um einen Streik gegen Beschäftigungsverhältnisse, die einen vor Armut nicht schützen. Bardak erzählt weiter: „Alle 5 Jahre muss man Fortbildungen machen, um seinen Führerschein zu verlängern. Es gibt Kollegen, die müssen das selber bezahlen. Das sind 700 €! Viele Fahrer machen Überstunden, um ihre Familien ernähren zu können, die kommen dann auf bis zu 28 Arbeitstage im Monat. Einige haben Nebenjobs, um sich etwas dazu zu verdienen." Dem Streik gingen 6 Monate Verhandlungen voraus, aber die Arbeitgeber haben keinen Vorschlag gemacht, also streiken wir. Es sind ja auch nur 13,50 € pro Stunde und das bis 2018.

www.linksfraktion-darmstadt.de

Mehr Mut zu Tempo-30-Zonen: Essen. Die Fraktion Die Linke begrüßt die Erleichterungen bei der Einführung von Tempo-30-Zonen, die die Novellierung der Straßenverkehrsordnung durch den Bund bringt. Kein Verständnis hat sie dafür, dass die Essener große Koalition schon →

Blick in die Presse

Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbau fordert bessere Verkehrsinfrastruktur. *Pressemitteilung VDMA,* Mi., 28.3.17. – Die Industrie benötigt eine moderne, leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, damit Standorte in Deutschland langfristig nicht gefährdet und Investitionen attraktiver werden. Die Verkehrswege sind in vielen Regionen regelrecht verstopft, weil Deutschland über einen zu langen Zeitraum zu wenig in Infrastruktur investiert hat. Der VDMA und seine Partner aus dem Bündnis Zukunft der Industrie fordern von der Politik, den Investitionsstau zu beseitigen, der heute schon zahlreiche Industrieunternehmen und Arbeitnehmer beeinträchtigt, z.B. durch längere Transportwege oder Fahrzeiten. „Der schlechte Zustand von Straßen und Brücken führt dazu, dass wir ständig kostspielige Umwege fahren müssen. Das verteuert unsere Transportkosten erheblich", so VDMA-Hauptgeschäftsführer T. Brodtmann. **www.vdma.org**

Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft meldet mehr Stromtankstellen. *Pressemitteilung des BDEW,* Sa., 24.3.17. – Die Zahl der öffentlichen Ladepunkte für Elektrofahrzeuge steigt: Ende 2016 gab es nach einer BDEW-Erhebung 7.407 öffentlich zugängliche Ladepunkte. Seit Mitte 2016 sind damit 890 neue Ladepunkte hinzugekommen. Die Energieversorger haben 1.142 Städte und Gemeinden mit mindestens einem öffentlich zugänglichen Ladepunkt ausgestattet.

„Der Zuwachs an Ladepunkten zeigt, dass die Energiebranche ein entscheidender Treiber der zukunftsweisenden und klimaschonenden Antriebstechnologie ist. Der Betrieb öffentlicher Ladesäulen ist aufgrund der geringen Anzahl von E-Fahrzeugen aber nur selten wirtschaftlich. Das Ladesäulen-Förderprogramm der Bundesregierung ist deshalb enorm wichtig. **www.bdew.de**

Allianz Pro Schiene warnt vor Bevorzugung des Straßenverkehrs. *Pressemitteilung Allianz Pro Schiene,* Mo., 20.3.17. – „Nur wenn wir konsequent mehr Verkehr auf die Schiene verlagern, lassen sich die Klimaschutzziele der Bundesregierung auch erreichen", so der Geschäftsführer der Allianz, D. Flege. Er warnte die Politiker, steigende Emissionen mit „kühler Witterung" oder „niedrigen Spritpreisen" zu begründen.

„Die CO_2-Emissionen im Verkehr sind vor allem Ergebnis fehlgeleiteter Politik. Die Bahnen fahren meist elektrisch, gut 40 Prozent des Stroms stammt aus erneuerbaren Energien. Politisch werden sie aber benachteiligt: Die Abgabenlasten steigen viel stärker als bei anderen Verkehrsträgern."

www.allianz-pro-schiene.de

Auswahl: R*osemarie Steffens,* Langen (Hessen)

vor einer ernsten Diskussion der neuen Möglichkeiten generelle Regelungen vor Schulen, Kitas, Altenheimen und Kliniken auch an den Hauptverkehrsstraßen ablehnt. „Die große Koalition tritt auf die Bremse, bevor auch nur Vorschläge der Verwaltung vorliegen und will keine generellen Regelungen zur Ausweitung von Tempo-30-Zonen“ so Wolfgang Freye, für Die Linke im Planungsausschuss. „Sie sollte etwas mehr Mut zu Neuem haben und den Vorrang fürs Auto nicht weiter zu ihrer Maxime erklären. Denn es geht nicht nur darum, die Unfallgefahren vor Schulen, Kitas und ähnlichen Einrichtungen zu verringern, sondern auch um den gerade in Ballungsräumen wie dem Ruhrgebiet immer nötigeren Lärmschutz zu verbessern.“ Personenunfälle mit 50 km/Stunde sind in aller Regel tödlich. Der Fahrtlärm mindert sich erheblich, wenn die Geschwindigkeit niedriger ist. **www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen**

Elbvertiefung: Für über 600 Mio Euro nur neue Gefahren: Kiel. Zur geplanten Elbvertiefung erklärt Marianne Kolter, Landessprecherin der Partei Die Linke Schleswig-Holstein und Spitzenkandidatin der Linkspartei für die Landtagswahl: „Die geplante Elbvertiefung ist riskant, denn der nach der Vertiefung schneller strömende Fluss wird die Fundamente der Deiche angreifen. Auch die noch größeren Schiffe stellen für den Küstenschütz eine Gefahr dar, denn die durch sie erzeugten Wellen belasten die Deiche an der Elbe zusätzlich. Die Menschen an der Unterelbe fürchten um ihre Sicherheit. Umweltschützer warnen, dass mit der Elbvertiefung nicht nur an der Elbe selbst, sondern auch an Nebenflüssen und Seitenarmen der Elbe die Umwelt geschädigt wird. Die nach der Vertiefung notwendige ständige Sedimentbeseitigung belastet den Fluss selbst. Der Sauerstoffgehalt des Wassers wird noch weiter sinken. Im Mündungsgebiet befürchten Fischer und Hafenbetreiber eine weitere Versandung, da der erhöhte Anfall von ausgebaggerten Sedimenten vor der Mündung abgeladen und zurück in den Fluss gespült werde.“ **www.dielinke-kiel.de**

Werbung für Tegel ist Irreführung der Öffentlichkeit: Berlin. Angesichts des voraussichtlich erfolgreichen Volksbegehrens „Berlin braucht Tegel“ erklärt der verkehrspolitische Sprecher der Linksfraktion und Mitglied des Landesvorstandes Die Linke. Berlin, Harald Wolf: Die Linke hält am politischen Ziel fest, mit der Schließung des Flughafens Tegel 300 000 Menschen vom Fluglärm zu entlasten. Tegel nach der Inbetriebnahme des BER weiter zu betreiben, lehnen wir auch angesichts der mit einem innerstädtischen Flughafen verbundenen Sicherheitsrisiken ab. Die FDP und die Initiatoren des Volksbegehrens verschweigen zudem der Öffentlichkeit die rechtlichen Gründe, die einer Offenhaltung des Flughafens in Tegel entgegenstehen. Ein Weiterbetrieb birgt das Risiko, dass die Genehmigungsgrundlage für den BER entfällt. So hat das Bundesverwaltungsgericht eindeutig festgestellt: „Das Ausbauvorhaben in Schönefeld und die Schließung der beiden Stadtflughäfen bedingen einander und sind untrennbar miteinander verbunden.“ Der Widerruf der Betriebsgenehmigung für Tegel ist bereits mit bestandskräftigem Bescheid im Jahr 2004, die Aufhebung der Planfeststellung 2006 erfolgt. Ein Widerruf des Widerrufs würde zu einem neuen Planfeststellungsverfahren oder einem vergleichbaren Verfahren für den Flughafen Tegel führen. **www.die-linke-berlin.de**

Linke fordert Sozialtarif im Nahverkehr. Lüneburg. Die Linke fordert in einem Antrag, dass Inhaber der „HanseCard“ künftig auch die Vergünstigungen einer HVV Sozialkarte erhalten sollen. Die aktuelle HVV-Sozialkarte vergünstigt Monatskarten um 20.80 Euro, so dass die günstigste Monatskarte für das Stadtgebiet und große Teile des Landkreises für Berechtigte noch 20.60 Euro monatlich kosten würde. Dazu erklärt Michèl Pauly, Fraktionsvorsitzender der Linken im Rat: „Bezieher von Transferleistungen haben durch viel zu gering bemessene Grundleistungen kein Geld für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Teilhaben kann nur der, der auch mobil ist. **www.dielinke-lueneburg.de**

Fehmarnbelt: Tunnel nutzt nur denen, die am Bau verdienen. Kiel. Die Feste Fehmarnbeltquerung (FFBQ) soll durch einen Absenktunnel Deutschland und Dänemark verbinden. Autos und Eisenbahn sollen ohne Fährverkehr die Ostsee passieren können. Gegen dieses gigantomanische Vorhaben wurden bis August 2016 im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens 12.600 Einwendungen von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern eingereicht. Umweltschutzverbände wie der NABU wenden ein, dass der Bau der FFBQ irreparable und nicht wieder gut zu machende Schäden an Flora und Fauna an Land und zu Wasser zur Folge haben wird. Wirtschaftsexperten wenden ein, dass die Berechnungen zur Wirtschaftlichkeit der Querung auf veralteten oder nicht begründeten Annahmen beruhen. Die Querung sei ein Milliardengrab, eine Last für die dänischen und deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Nicht nur in der Bauphase (dies gesteht selbst die Landesregierung in Kiel zu), auch nach der Fertigstellung sei die Querung eine Gefahr für den regionalen Tourismus, wenden Bürgerinitiativen wie die TsT (Tourismusort statt Transitort) in Timmendorfer Strand ein. Letztere sehen den Tourismus in der gesamten Lübecker Bucht in Gefahr. Doch die Landesregierung hält an diesem Projekt fest. Die Linke stellt fest: Dieses Milliardengrab nutzt nur denen, die am Bau der Festen Fehmarnbeltquerung verdienen. Der behauptete Nutzen steht in keinem vernünftigen Verhältnissen zu den Schäden an der Umwelt und der drohenden Vernichtung von Arbeitsplätzen im Tourismus.

Weitere Informationen bei den beltrettern unter: www.beltquerung.info https://www.linke-sh.de

ÖPNV: Kommunen müssen entscheiden können: Berlin. Anlässlich der Beratungen im Bundesrat zu einem Reformvorschlag zur Vergabe von ÖPNV-Leistungen fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund von den Ländern, die Entscheidungshoheit der Kommunen bei Fragen der Organisationsform des Nahverkehrs zu stärken. So müssen die Kommunen u.a. die Möglichkeit haben, Qualitätsvorgaben machen zu können, an die sich alle Anbieter halten müssen. Die Entwicklungen in einzelnen Städten haben gezeigt, dass Privatisierungen gegen den Willen der Kommunen durchgesetzt werden konnten. Dadurch besteht die Gefahr, dass, wie bereits in Pforzheim geschehen, ein bewährtes kommunales Verkehrsunternehmen abgewickelt werden und Mitarbeiter entlassen werden müssen. Kommunale Investitionen in Fuhrpark und Gebäude werden dadurch entwertet. Private Unternehmen können dies über sogenannte eigenwirtschaftliche Anträge erreichen, die nach dem geltenden Recht vorrangig

Weitere Informationen unter http://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Schwerpunkte/Verkehrspolitik/

behandelt werden müssen. Die Anbieter sollen dazu zwar ohne zusätzliche staatliche Zuschüsse auskommen. Allerdings erwarten auch diese in der Praxis ebenfalls Zuschüsse ... Die Kommunen haben einen Versorgungsauftrag und stehen damit in der Verantwortung, diese Leistungen der Daseinsvorsorge zu gewähren. Der Versorgungsauftrag sichert ab, dass die Menschen in der Stadt und auf dem Land die Möglichkeit behalten, Arztbesuche und Lebensmitteleinkäufe mit dem ÖPNV zu organisieren. Um dies auch künftig sicherzustellen, muss die Entscheidungshoheit der Kommunen bei der Direktvergabe nach dem Perso-

nenbeförderungsgesetz wieder gestärkt werden. ... **www.dstgb.de**

Urteil zum Luftreinhalteplan in München: Begrenzte Fahrverbote absehbar, „blaue Plakette“ nötig. STÄDTETAG. „Das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zum Luftreinhalteplan in München macht deutlich: Für die Stadt München wird das Land Bayern Fahrverbote für Dieselfahrzeuge für besonders mit Stickoxiden belastete Straßen vorbereiten müssen.
Der Deutsche Städtetag rechnet damit, dass sich in absehbarer Zeit auch in einigen weiteren deutschen Großstädten begrenzte Fahrverbote für Dieselfahrzeuge nicht mehr abwenden lassen. Wir brauchen nun zügig eine Regelung für die ‚blaue Plakette‘ durch den Bund, um die nötigen Kontrollen von Fahrverboten zu erleichtern und den Einsatz emissionsarmer Dieselfahrzeuge zu fördern. Da muss auch die Autoindustrie liefern.“ **www.staedtetag.de**

Auswahl: *Ulli Jäckel,* Hamburg

Neue Abgasnormen als Chance nutzen – Fünf-Punkte-Vorschlag der IGM für den technologischen Wandel

„Selbstfahrende Elektrofahrzeuge könnten in zehn Jahren zum Stadtbild gehören und neue Zielgruppen für den öffentlichen Personennachverkehr erschließen“, stellt die F.A.S. vom 2.4.2017 fest. Dabei seien für den Einsatz sog. „People Mover“, selbstfahrende Kabinen für vier oder mehr Personen mit Elektroantrieb, weniger technische als administrative Hürden zu bewältigen. „Dazu gehören Haftungsfragen genauso wie die Feinheiten des Personenförderungsgesetzes“. Für eine übliche Durchschnittgeschwindigkeit in den Städten (Berlin: 25 km/h), dürften hingegen die Basistechnologien wie Lasersensoren oder künstliche Intelligenz, Anfang des kommenden Jahrzehnts serienreif sein. Möglich sei eine drastische Reduzierung der Verkehrsdichte, allerdings ließe sich der Verkehr zu Spitzenzeiten so nicht organisieren. Die richtige Mischung macht’s. Vor diesem Hintergrund ist es nicht unwichtig, wie sich die IG Metall zu den notwendigen Innovationen in der Automobilindustrie, auch mit Blick auf ihre Eigeninteressen, aufstellt. Dazu hat sie Ende letzten Jahres einen Fünf-Punkte-Vorschlag gemacht, mit dem sie den technologischen Wandel anschieben will und aus dem wir dokumentieren. THORSTEN JANNOFF, Gelsenkirchen

... Die öffentliche Debatte rund um die Automobilindustrie hat in den letzten Monaten deutlich „Fahrt“ aufgenommen. Die zwei zentralen Themen dabei waren der Diesel-Skandal und seine Folgen auf der einen, die Förderung der E-Mobilität auf der anderen Seite. Daneben steht die Branche vor strukturellen Weichenstellungen im Kontext der gewollten „Dekarbonisierung des Verkehrs“, insbesondere einer drastischen Reduzierung von CO_2, von Umweltgiften wie NOx und der Feinstaubbelastung. Hier werden aktuell sowohl in der europäischen Union wie in Berlin Programme, Verordnungen und Gesetze diskutiert, die weitreichende neue Vorschriften enthalten werden. Parallel hierzu besteht offenbar der politische Wille, den Hochlauf elektrischer Antriebe und der zugehörigen Infrastruktur zu fördern. Für uns als IG Metall hat die Automobil- und Zuliefererindustrie eine überragende Bedeutung. Das gilt für die schiere Beschäftigungswirkung und für unsere tarifpolitische Durchsetzungskraft genauso wie für unsere Mitgliederstärke. Deshalb ist es uns ein Anliegen, uns für die Zukunftsfähigkeit dieser Schlüsselbranche einzusetzen ...

Der Plan

Dabei geht es um zwei Stoßrichtungen: Autos mit konventionellen Antrieben sollen umweltfreundlicher werden. Zugleich soll der Umstieg auf Autos mit alternativen Antrieben, also mit Batterie oder Brennstoffzelle, beschleunigt werden. Das ist der konkrete Plan, den die IG Metall zur Diskussion stellt:

• Die Autohersteller verpflichten sich, ab 2018 in allen Fahrzeugsegmenten auch Elektroautos anzubieten. Die Bundesregierung hat zwar durch die Kaufprämie und Förderung von Batterieladepunkten schon erste Pflöcke eingeschlagen. Aber das reicht nicht für die erforderliche Steigerung ab 2020. Schließlich will die Bundesregierung, dass ab 2020 eine Million Elektroautos auf deutschen Straßen rollen. Zurzeit sind es schlappe 35 000. Es sind also weitere große Anstrengungen notwendig.

• Die Autobauer geben mehr Gas bei technischen Verbesserungen an Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor und verringern dadurch den Kohlendioxidausstoß pro Jahr um 1,5 Prozent. „Technisch machbar sind bis zu 20 Prozent. Sie sind aber nicht in vollem Umfang realisierbar, weil sie mit immensen Kosten verbunden wären“, sagt Frank Iwer, Autoexperte beim IG Metall-Vorstand. 1,5 Prozent hält er jedoch für realistisch.

• Die IG Metall hält strengere CO_2-Grenzwerte für erforderlich, um die Erderwärmung zu stoppen und die Klimaschutzziele zu erreichen. Aber sie dürfen nicht am grünen Tisch beschlossen werden. Industrie, Gewerkschaften und Umweltverbände müssen beteiligt werden. Bevor neue Werte festgelegt werden, muss abgeklärt werden, wie sie sich auf die Arbeitsplätze auswirken.

• In der Übergangszeit zum klimaneutralen elektrischen Auto müssen Dieselantriebe unbedingt erhalten bleiben – weil sie klimafreundlicher als Benziner sind. Allerdings produzieren sie Stoffe, die gesundheitsschädlich sind: Feinstaub und Stickoxide. Darum fordert die IG Metall, dass in allen neuen Modellen die beste verfügbare Abgastechnologie eingesetzt wird.

Außerdem setzt sie sich für die blaue Plakette ein. Mit ihr wären Fahrten in innerstädtischen Umweltzonen nur noch mit Pkws erlaubt, die die Norm Euro 6 erfüllen, das heißt, die nicht mehr als 80 Milligramm Stickoxid und 4,5 Milligramm Feinstaub je Kilometer in die Luft blasen. Dabei muss es aber ausreichende Übergangsfristen für E-5-Fahrzeuge geben.

• Die Messverfahren bei Abgastests müssen besser werden, auch damit die Autoindustrie nach der Dieselaffäre wieder Vertrauen bei Autokäufern und -käuferinnen zurückgewinnt. Das weltweit einheitliche Testverfahren WLTP, das die Europäische Union ab 2017 einsetzen will, soll so schnell wie möglich eingeführt werden. Dasselbe gilt für RDE, ein Messverfahren, das Abgaswerte nicht auf dem Prüfstand, sondern im Realbetrieb misst.

Die IG Metall fordert aber auch, dass die Grenzwerte für Stickoxid und Feinstaub so festgelegt werden, dass die Autohersteller sie einhalten können.

Gefunden bei:
https://www.igmetall.de/auto-und-klima-24270.htm.
Siehe dort auch weitere Materialien zum Thema:

- Elektroauto: Batterieproduktion in Deutschland
- Bundesweiter Automobil-Aktionstag gegen den Missbrauch von Werkverträgen
- IG Metall und Klimapolitik: "Do you speak climate"
- Neue Abgasnormen als Chance nutzen. Europa als Schaufenster für die besten Umwelttechnologien im und um das Automobil etablieren PDF (1067 KB)
- Strengere Abgasnormen können eine Chance sein
- So bekommt die Autoindustrie die Kurve
- Interview mit Wissenschaftler Martin Schwarz-Kocher

Eins?

Der diesjährige 1. Mai-Spruch des DGB mag ja gut gemeint sein, aber er wirkt unbedacht. „Wir“ sind viele Individuen, „wir“ sind aber nicht „eins“, auch wenn „wir“ in wichtigen Bereichen des Lebens gemeinsame Interessen verfolgen. In anderen Bereichen aber eben nicht. So weit, so harmlos. Es ist aber auch schon vorgekommen, dass soziale Systeme, wie Gewerkschaften oder Parteien, die aus „wir“ „eins“ gemacht haben, übergriffig oder schlimmer geworden sind, insbesondere wenn Machtoptionen dazu kamen. Denn die, die in diesem Sinne glauben, das „Wir“ zu verkörpern, meinen ja zu wissen, was die „Einen“ wollen und was „gut“ für sie ist, auch wenn die „Einen“ das vielleicht ganz anders sehen und zum „Guten“ evtl. sogar gezwungen werden müssen. So hat es die DDR ja (angeblich) auch nur „gut“ gemeint. Aber ganz so wird es der DGB schon nicht gemeint haben und deshalb dokumentieren wir im Folgenden aus dem Aufruf zum 1. Mai.

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen

Burkaverbot im Tarifvertrag

Der hessische Innenminister Beuth (CDU) kann das von der CDU angestrebte Burka-Verbot im öffentlichen Dienst auch wegen der Regierungskoalition mit den Grünen gesetzlich derzeit nicht umsetzen. Für ein solches Verbot gibt es aber auch keinen Handlungsbedarf. Von Seiten der CDU hat ein Burkaverbot in erster Linie symbolischen Charakter im Hinblick auf die Dominanz westlicher Werte und Lebensstile. Beuth nutzte nun die Tarifrunde für die Landesbeschäftigten Hessen für seinen populistischen Angriff. Die Gewerkschaften sind seit Jahren wegen Austritt des Arbeitgebers aus der Tarifgemeinschaft der Länder zu „Haustarifvertrag“-Verhandlungen genötigt und dadurch geschwächt. So konnte der Innenminister folgenden Passus im Tarifvertrag verankern:

Peter Beuth (2016)

Peter Neuth, Image: Martin Kraft (photo.martinkraft.com) Licence CC BY-SA 3.0 via Wikimedia Commons

„Sie dürfen ihr Gesicht bei Ausübung des Dienstes oder bei einer Tätigkeit mit unmittelbaren Dienstbezug nicht verhüllen, es sei denn, dienstliche oder gesundheitliche Gründe erfordern dies.“

Gegen das Burka-Verbot im TV gibt es in der Gewerkschaft Ver.di in mehreren Fachbereichen engagierte kritische Diskussionen und man kann auf Beschlüsse gespannt sein.

Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)

Wir sind viele. Wir sind eins. – Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Tag der Arbeit

Alle Erfolge, die Gewerkschaften in den vergangenen Jahrzehnten erreicht haben, leben hieraus: Wir sind viele, wir sind eins! Wir sind viele: Wir sind Junge und Alte, Frauen und Männer, Migrantinnen und Migranten, Beschäftigte, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner. Wir sind eins: Wir kämpfen für mehr soziale Gerechtigkeit und stehen für eine Gesellschaft, die die Würde der Menschen auch in der Arbeitswelt respektiert und schützt. Wir demonstrieren am 1. Mai für eine soziale, tolerante, demokratische und solidarische Gesellschaft in Deutschland und in Europa. Wir demonstrieren für mehr soziale Gerechtigkeit!

Ob auf dem Arbeitsmarkt, bei der Rente, bei der Krankenversicherung, bei den Löhnen – es geht nicht gerecht zu in Deutschland. Wir haben aber ein Recht auf anständige Löhne, auf sichere Arbeitsverträge, auf Absicherung in der Arbeitslosigkeit. Wir wollen den Schutz von Tarifverträgen und mehr Mitbestimmung, gerade mit Blick auf Herausforderungen wie die Digitalisierung. Eine solidarische Gesellschaft bedeutet, ein gerechtes Steuerkonzept zu haben, das Reiche mehr belastet als ArbeitnehmerInnen und einen handlungsfähigen Staat finanziert: Wir wollen einen Staat, der eine zukunftsfähige Infrastruktur aufbaut und pflegt, bezahlbare Wohnungen baut und einen öffentlichen Dienst hat, der seine Aufgaben gut erfüllen kann. Die Rentnerinnen und Rentner, heute und in Zukunft, haben ein Recht auf ein Leben in Würde. Unsere Kinder sind unsere Zukunft – sie haben das Recht auf gute Bildung. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass Arbeitgeber bei den Sozialversicherungsbeiträgen den hälftigen Anteil zahlen!

Deswegen fordern wir

– eine höhere Tarifbindung und einen Ausbau der Mitbestimmung für Gute Arbeit;
– neue Perspektiven für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt;
– eine Stärkung der gesetzlichen Rente für einen Lebensabend in Würde;
– eine gerechte Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung;
– Investitionen für einen handlungsfähigen Staat und einen guten öffentlichen Dienst;
– ein Steuerkonzept, das ArbeitnehmerInnen entlastet und Vermögende belastet;
– eine Reformkommission Bildung, die sich für Gute Bildung für alle einsetzt;
– eine gerechte Bezahlung der Frauen.

2017 als Wahljahr in Deutschland und Europa ist von besonderer Bedeutung. Wir rufen Alle auf, wählen zu gehen!

Unsere Geschichte verpflichtet uns zum Handeln gegen Krieg und Intoleranz, gegen Rassismus und Antisemitismus.

Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität und kein Ort für Nazis und Rechtspopulisten.

www.dgb.de/erstermai2017

Bildergalerie mit allen Maimotiven

RECHTS AUSSEN

Journalistenverband verlangt Medienpräsenz bei AfD-Parteitagen

Klar müsse sein, dass der AfD-Bundesparteitag im April medienöffentlich sein werde. DJV-Vorsitzender F. Überall: „Der Bundesparteitag wird Nagelprobe sein, ob die AfD demokratische Gepflogenheiten akzeptiert.“ In Sachsen wurde eine „Spiegel“-Redakteurin von der Teilnahme am AfD-Landesparteitag ausgeschlossen, in Niedersachsen fand der Parteitag ohne Journalisten statt. Es sei Aufgabe der Journalisten, kritisch und unabhängig über Parteien, ihre Veranstaltungen und Politik zu berichten. **www.djv.de**

Frankfurter Wirtschaftskreise scheuen öffentliche Nähe zur AfD

Die „Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft“ untersagte in ihren Räumen – der „Villa Bonn“, einem großbürgerlichen Palais in Frankfurt a.M., seit 1923 Treffpunkt Frankfurter und deutscher Eliten – den am 23.3. geplanten Auftritt der AfD-Vorsitzenden Frauke Petry. Eingeladen hatte sie der Wirtschaftsclub Rhein-Main zum Vortrag „Deutschland im Wahljahr – Realität der demokratischen Debatte“. Zwei Beiratsmitglieder des Clubs sprachen sich gegen die AfD-Einladung aus, ein Mitglied trat umgehend zurück. Wirtschaftsclub-Präsident Kremer: „Man kann ja gegen Frau Petry sein, … aber man kann einer demokratisch gewählten Partei kein Redeverbot erteilen.“ Ein anderer Veranstaltungsort wird nun gesucht. „Wir hätten die Veranstaltung wahrscheinlich durchgeführt, wenn nicht so ein Wirbel entstanden wäre,“ so der Geschäftsführer der Frankfurter Gesellschaft, U. Hamann. Vor der Villa Bonn sollte eine AfD-kritische Mahnwache stattfinden, die Gruppe „No Fragida“ und „Die Partei“ hatten eine „Nazi-Safari im Westend“ angemeldet. Der Präsident der Gesellschaft, Freiherr v. Rosen, ist auch Honorarkonsul der lettischen Botschaft in Frankfurt a. M. Er wurde am 15.3. bei der Kundgebung der VVN-BdA mit ca. 50 Teilnehmenden vor dem Konsulat herb kritisiert, weil er die staatliche Unterstützung der Waffen-SS-Verherrlichung in Lettland hinnehme. Die Frankfurter SPD-Bundestagsabgeordnete Ulli Nissen berichtete, sie habe den Freiherrn außerdem wegen der Einladung von Frau Petry schriftlich zur Rede gestellt. Oberbürgermeister P. Feldmann (SPD): „Die ganze Aktion gibt völlig unnötig den Rechtspopulisten eine Plattform und wirft einen Schatten auf die anständigen Frankfurter Unternehmer und unsere liberale Stadt.“

FAZ, 17.3.17 www.faz.net; Langener Zeitung, 18.3.17.

Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)

NSU-Komplex auflösen!

TRIBUNAL NSU-KOMPLEX AUFLÖSEN

Landtagsfraktion der Linken Hessen stellt Strafanzeige gegen Temme

Dem ehemaligen V-Mann-Führer des hessischen Verfassungsschutzes Temme, bekannt durch seine Anwesenheit am Tatort nach dem Mord an Halit Yosgat in Kassel, hat die Fraktion der Linken im hessischen NSU-Untersuchungsausschuss jetzt nachgewiesen, dass er 2012 im Untersuchungsausschuss des Bundestags bei seiner Befragung gelogen hatte. Die Linke stellte deswegen gegen ihn am 22.3.17 Anzeige wegen uneidlicher Falschaussage nach §153 StGB.

Temme behauptete, er habe sich rein privat – ohne dienstlichen Hintergund – in dem Internetcafé, dem Tatort des Mordes in Kassel, aufgehalten. Auch der jetzige Ministerpräsident V. Bouffier, damals Innenminister, hatte dies bestätigt. Daher seien auch die Abgeordneten des Landtags nicht informiert worden. 2006 berichtete dann die Presse darüber und die Anwesenheit des Verfassungsschutz-Führers am Tatort wurde öffentlich bekannt. Hermann Schaus, Obmann der Linken im Hessischen Untersuchungsausschuss schreibt in der Presseerklärung vom 28.3.2017: „Nachgelieferte Akten können belegen, dass es dienstliche Bezüge nach und sogar schon vor dem Mord von Kassel gab. Im Rahmen der folgenden Vernehmungen des NSU-Untersuchungsausschusses am 24.3.17 bestätigte die ehemalige Vorgesetzte von Andreas Temme, dass die bis vor Kurzem unbekannte Gegenzeichnung der Quellenabfrage zur Ceska-Mordserie zwei Wochen vor dem Mord an Halit Yozgat beim Verfassungsschutz in Kassel eingegangen und von Andreas Temme abgezeichnet wurde. Mehr noch: Ex-VS-Mitarbeiter Andreas Temme müsste die Quellenabfrage sogar als erster und zeitnah zur Kenntnis genommen haben. Damit steht endgültig fest, dass Temme vor seiner Anwesenheit bei einem NSU-Mord dienstlich mit der Ceska-Mordserie befasst war und vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuss falsch ausgesagt hat. Schlimmer noch: Da die Quellenabfrage im ‚Verfassungsschutz‘ bekannt war und das Dokument seit 2006 existierte, aber weder Polizei noch den um Aufklärung bemühten Gremien übermittelt wurde, liegt es nahe, dass dienstliche Bezüge zwischen Temme und der Ceska-Mordserie bewusst verschwiegen werden sollten. Auch die Aussage des damaligen Innenministers Volker Bouffier im Jahr 2006, es habe keinerlei dienstliche Bezüge gegeben, ist damit hinfällig.“

Die konsequente Aufklärung der Fraktion der Linken im Untersuchungsausschuss dient auch der Forderung der Angehörigen der zehn NSU-Mordopfer. Sie sind vernetzt und mit Initiativen zusammengeschlossen und planen ein Tribunal gegen den NSU. Aus dem vorläufigen Programm – nachzulesen unter www.nsu-tribunal.de – geht folgendes hervor:

Bei dem geplanten Tribunal in Köln vom 17. bis 21. Mai sollen Anklagen erhoben werden und Forderungen diskutiert werden können, Betroffene zu Wort kommen, der NSU-Komplex als Angriff auf die Migrationsgeschichte dargestellt werden, Strategien des Widerstands diskutiert und Solidarität mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Keupstraße demonstriert werden können. Das Tribunal ‚NSU-Komplex auflösen‘ ist ein Projekt des gleichnamigen Aktionsbündnisses, einem Zusammenschluss aus Initiativen in ganz Deutschland, die solidarisch mit Betroffenen des NSU-Terrors verbunden sind. Auf der Internetseite des Bündnisses heißt es: „Wir wollen, dass das ganze Ausmaß dieser Machenschaften aufgeklärt und aufgedeckt wird einschließlich seiner Verstrickung des Staats und seiner Organe“. Veranstaltet wird das Tribunal in Kooperation mit verschiedenen Schauspielhäusern, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Akademie der Künste der Welt Köln, dem Haus der Kulturen der Welt, gefördert durch die Senatsverwaltung des Landes Berlin für Kultur und Europa, die Amadeu Antonio Stiftung, die AWO Mittelrhein, das Netzwerk ADBs für NRW! … und durch zahlreiche Spenden. Das Hauptprogramm wird ergänzt durch Workshops, Theateraufführungen, Filmvorführungen, Hörstücke, Audio- und Videoinstallationen, performative Stadtführungen, Wandbilder, Musik und Tanz. Die Veranstaltungsorte sind in der ganzen Stadt Köln verteilt. In Kassel gibt es ebenfalls einen Aufruf, sich an dem Tribunal „NSU-Komplex auflösen“, zu beteiligen:

Die Initiative 6. April ruft jährlich zu einem Trauerzug im Gedenken an das 9. Mordopfer des NSU, Halit Yozgat , auf. „Mit Transparenten und Reden wurde bereits vor 11 Jahren auf einen rassistischen Hintergrund der Taten hingewiesen und die politischen Vertreter*innen wurden aufgefordert diese Mordserie zu stoppen und die Täter*innen zu nennen. Die Angehörigen erkannten sehr früh, dass es hierbei um eine rassistische Mord- und Bombenserie handelt. NSU-Komplex auflösen! Kein nächstes Opfer!“

Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)

Quellen: PM Fraktion der Linken im Hess. Landtag vom 24. und 27.3.17 www.die-linke-hessen.de, www.nsu-tribunal.de.

„Unser Anblick, unsere Anwesenheit haben immer gestört!“

Ein Interview mit Inge Weiß, Hamburger Sintezza und Leiterin der Beratungsstelle des Landesvereins der Sinti in Hamburg über die Diskriminierung von Sinti und Roma in Hamburg nach 1945. Das Interview führte Surya Stülpe*

Wie hat deine Familie gelebt, als du ein Kind warst?

Inge Weiss: Geboren bin ich in Uelzen. Aber meine Familie hat dann in Hamburg gelebt. Als fahrende Händler waren wir viel auf dem Land unterwegs, denn in den Städten hatten die Leute schon Kaufhäuser. Ab den 60er Jahren waren wir als Schausteller auf Jahrmärkten dann ganzjährig unterwegs.

Gab es einen Moment, an dem du wahrgenommen hast, dass du von den anderen als „anders“ wahrgenommen wurdest?

Als Kind lebte man noch unter dem Schutz der Familie. Aber sowie man in die Schule kam, hat man das gemerkt. Das war extrem. In den ersten Klassen waren das eher die Eltern der Mitschüler, die einen nicht zu Hause haben wollten. Man wurde selbst von Freunden nie zum Kindergeburtstag eingeladen.

Man wächst damit auf und verarbeitet das eigentlich nie. Das ist so, dass man sich dann zurückzieht und unter den eigenen Leuten bleibt. Das wird einem aber auch angekreidet: „Ah“, heißt es, „die wollen ja nicht.“

Bis heute wollen die meisten aus der Mehrheitsgesellschaft nicht neben Sinti und Roma wohnen, das sagt doch schon alles! Das ist besonders beängstigend in diesen Zeiten. In diesen Zeiten mit der AfD und dem Anwachsen des Rassismus. Da kommen dann wieder richtig Ängste hoch.

Wo haben die Hamburger Sinti nach 1945 gelebt?

Das Eine ist, dass viele sich entschieden haben, nicht mehr als Sinti zu leben. Sie leben überall und geben sich nicht zu erkennen. Das Andere ist, dass die Sinti immer wieder vertrieben wurden. Man ist immer an den Rand der Stadt gedrängt worden. Unser Anblick, unsere Anwesenheit haben immer gestört.

Die Familie Weiß war erst am Platz An der alten Fähre an der Elbe. Der Platz war schön. Als dort Gewerbe angesiedelt wurde, mussten sie zur Kornweide umziehen, auf einen Platz zwischen Autobahnen und Bahngleisen. Dort war es eng und für alle Familien gab es nur einen Wasserhahn. Weil der Anblick den Reisenden nicht zuzumuten war, mussten sie wieder weg. Dann sollten wir in den 70er Jahren in die Plattenhäuser in der Kleingartensiedlung auf der Veddel. Dort hatten vorher Arbeiter der Affi (Anmerkung: norddt. Affinerie, heute Aurubis) gewohnt, die damals richtige Wohnungen bekamen. Die Baracken waren ohne Isolierung und ohne jeden Komfort. Die Gärten waren vollständig kontaminiert durch die Abgase der Fabrik. Aber selbst da mussten wir irgendwann weg, weil da eine Tankstelle hin sollte.

Man wollte uns in den Wohnungen der Großsiedlungen unterbringen, jede Familie für sich. Da haben unsere Ältesten damals gesagt: „Wir gehen nur, wenn wir alle zusammen bleiben und wir genug Platz für unsere Gewerbe haben.“

Dann hat die Stadt die Siedlung am Georgswerder Ring gebaut, wo wir 1982 eingezogen sind. Das wurde als Wiedergutmachung an den Sinti deklariert. Da haben sich auch alle gefreut. Aber dann kam der dicke Hammer: Wir sollten bis zu 800 Mark Miete zahlen. Wie kann ein Mensch, der gerade mal diese 30 Mark Miete zahlen konnte für diese Hütten, jetzt zwischen 500 und 800 Mark bezahlen? Dadurch sind ganz viele Sinti sozial abhängig geworden.

Dann kam ab Anfang der 80er die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma …

Das war ja ein Teil davon. Dass wir gesagt haben: „Wir wollen nicht mehr so wie ihr wollt! Wir wollen so leben, dass wir unsere Kultur bewahren können!“

Warst du ein Teil der Bürgerrechtsbewegung?

Ja, natürlich. Das waren wir alle. Hinter Romani Rose, der damals den Hungerstreik in Dachau gemacht hat, standen wir alle. Wir haben gesagt: „Wir wollen nicht mehr! Wir wehren uns! Wir haben jetzt auch eine Lobby!“

Damals war ich 24 Jahre alt. Ich habe gedacht: „Ich will nicht mehr!“ Die haben unsere Eltern vergast, die haben Kinder umgebracht, weil sie gesagt haben, dass wir alle kriminell sind. Wie können kleine Babys kriminell sein? Wir wollten nicht mehr! Wir wollten auch unsere Rechte haben. Wir wollten unsere Ruhe haben und mit unserer Kultur leben können. Und bitte so akzeptiert werden, wie wir sind.

Inge Weiß wurde 1956 in Uelzen in eine Sinti-Familie hineingeboren. Sie heiratete später in die Hamburger Sinti-Familie Weiß ein. Über sich selbst sagt sie:

„Wir sind ja nicht viel anders als die Mehrheitsgesellschaft. Ich bin eine Deutsche. Ich bin eine deutsche Sintezza. Ich gehöre einer ethnischen Minderheit an. Ich habe meine Sprache, das ist Romnes und ich möchte, dass ich die ohne Wenn und Aber weiter mit meinen Kindern sprechen kann, ohne diskriminiert zu werden. Ich will ein vernünftiges Leben führen, so wie es andere auch machen!“

Mit der Großen Anfrage „Aufarbeitung der Diskriminierung von Sinti und Roma in Hamburg nach 1945“ (Drs. 21/8004) an den Hamburger Senat hat die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft im Frühjahr 2017 einige wichtige Fragen zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in Hamburg zusammengefasst.
Die Anfrage mit den Antworten des Senats ist einsehbar unter http://buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/56807/aufarbeitung-der-diskriminierung-von-sinti-und-roma-in-hamburg-nach-1945.pdf.

Jetzt nochmal zu dem, was „Zweite Schuld“ genannt wurde. Zu dem Unrecht, das den Überlebenden im Zuge der so genannten Wiedergutmachung angetan wurde. Da ist ja auch in Hamburg eine Menge Schlimmes passiert. Hast du da etwas von mitbekommen?

Alle, die vor 1941 deportiert wurden, bei denen wurde gesagt, dass sie nicht aufgrund von Rassismus deportiert wurden. Die wurden nicht als Verfolgte anerkannt. Das war ja das Urteil des Bundesgerichtshofs, der 1956 noch behauptet hat, dass Sinti und Roma nicht aus rassistischen, sondern aus „kriminalpräventiven“ Gründen verfolgt wurden.

* **Surya Stülpe** Wissenschaftliche Mitarbeiterin von MdHB **Christiane Schneider,** Fraktion DIE LINKE, Lilienstr. 15, 20095 Hamburg, Tel: 0152/189 486 35. Fax: 040/427 31 22 77, surya.stuelpe@linksfraktion-hamburg.de, www.linksfraktion-hamburg.de. INTERESSIERT AN UNSERER ARBEIT? Dann bestellt unseren innenpolitischen NEWSLETTER (kommt ca. 4x im Jahr) per Mail: newsletter@linksfraktion-hamburg.de oder folgt uns auf TWITTER: @ChristianeSchn2, @SuryaStu. – Die PB danken für die Genehmigung zum Nachdruck.

Das war sehr schwer für die Leute! Sie mussten sehr viele Papiere beibringen, die sie z.T. gar nicht erbringen konnten. So wie der Vater meines Schwagers, der mühselig seine Papiere zusammenbekam, um dann zu erfahren, dass hier im Rathaus die gesamte Akte schon vorlag.

Die Sinti sind auch mit ganz wenig Geld abgespeist worden. Viele haben gar nichts bekommen, weil ihnen die Staatsangehörigkeit aberkannt war und ihnen als Staatslose Forderungen unmöglich waren.

1999 hat dein Mann den Landesverein gegründet. Warum?

Wir hatten damals einen kleinen Schaustellerbetrieb. Und wir brauchten für ein neues Fahrzeug eine Versicherung. Der Versicherungskonzern hat uns damals abgelehnt mit der Begründung, dass sie Sinti grundsätzlich nicht versichern (Das Schreiben der Versicherung hängt neben uns an der Wand). Das war der Auslöser. Und die Hoffnung, dass das irgendwann mal vorbei ist.

Ich habe aus einem früheren Gespräch mit dir mal herausgehört, dass die Kultur der Sinti auch sehr patriarchal organisiert ist. Ist das so und wenn ja, wie war das für dich?

Eigentlich ist es nicht so. Man sagt das zwar so, aber in Wirklichkeit waren mein Mann und ich immer gleichgestellt. Auch in allen wirtschaftlichen und geschäftlichen Belangen. Man sagt, das wird so gemacht wie er sagt, aber im Endeffekt habe ich doch das Meiste entschieden. (Lacht.)

Wir hören aber sehr darauf, was die Älteren sagen. Da stellt man sich im Allgemeinen nicht dagegen. Männer nicht und Frauen auch nicht.

Was sind Eure Forderungen heute?

In Berlin haben sie ja gerade einen Staatsvertrag verhandelt. So etwas möchten wir hier in Hamburg auch gerne erreichen. Dass wenigstens die Beratungsstelle mal abgesichert ist und wir nicht jedes Mal wieder bangen müssen und so viel Zeit in Projektanträge stecken müssen.

In Rheinland-Pfalz steht in der Rahmenvereinbarung sogar drin, dass alle Beamten beim Umgang mit Sinti und Roma deren Verfolgungsgeschichte gegenwärtig haben sollen. Das ist gut! Dann müssen sich die Behördenmitarbeiter damit beschäftigen und verstehen unsere Leute vielleicht.

Was wünschst du dir von deinen Mitmenschen?

Dass man uns respektiert, so wie wir sind. Mit unseren Eigenarten und unseren großen Familien und unserer besonderen Wertschätzung für unsere Alten, die wir niemals in ein Altersheim geben würden.

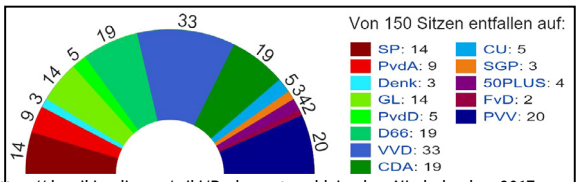
Die Wahlen in den Niederlanden werden vor allem mit Bezug auf die Positionierungen der verschiedenen Parteien zu Rechtspopulismus, Nationalismus und Rassismus gedeutet. Das folgend wiedergegebene Interview zeigt dies, aber auch eine verfestigte Ausdifferenzierung des niederländischen Parteiensystems. Von gewerkschaftlicher Seite wird immer stärker berichtet, dass das Poldersystem, das durchaus auch eine Integrationsleistung hatte, unter Druck gerät, dekonstruiert wird, vor allem durch die Ausdifferenzierung von Arbeitsbedingungen und Arbeitsvertragsformen aber auch als direkte Zielsetzung verschiedener Parteien. Die Sozialdemokratische Partei, die eng mit diesem System verbunden wird, kann zusätzlich kaum als Kraft wahrgenommen werden, die wirtschaftlichen Wandel bewältigen oder gar vorantreiben kann, eher als Partei der Vewaltung. Diese Momente der Desintegration treffen auch in den Niederlanden auf den generellen Trend der funktionalen und kulturellen Ausdifferenzierung reifer Industriegesellschaften, mit dem Ergebnis, dass der oder die Einzelne auf immer weniger Momente des umgebenden Alltagslebens direkt gestaltend Einfluss ausüben kann. Die diversen Parteien, der Älteren, der Tierschützer usf., die auch ein Moment der Gemeinschaftsbildung in unsicherer Umwelt bedeuten, haben in diesen Momenten wohl eine ihrer Wurzeln.

Rolf Gehring, Brüssel

Niederlande: der unbeachtete Rechtsrutsch

Pepijn Brandon im Interview mit mosaik-Redakteur *Benjamin Opratko**

In ganz Europa waren letzte Nacht die Augen auf die Wahlen in den Niederlanden gerichtet. Die große Frage war: Geht der globale Aufstieg der extremen Rechten weiter? Nun herrscht scheinbar Erleichterung, Geert Wilders wurde nicht Erster. Doch es gibt keinen Grund für Zufriedenheit, argumentiert Historiker *Pepijn Brandon im Interview mit mosaik-Redakteur Benjamin Opratko.* Die extreme Rechte hat sich weiter konsolidiert, Hetze und Rassismus haben das politische System durchdrungen.



https://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahl_in_den_Niederlanden_2017

MOSAIK: *Geert Wilders Partei PVV ist bei den gestrigen Wahlen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Wilders hat nur knapp über 13 Prozent erhalten und liegt weit abgeschlagen hinter der rechtsliberalen VVD von Ministerpräsident Mark Rutte. Ist das ein Zeichen, dass der Aufstieg der Rechten ein Ende gefunden hat? Waren wir gar die ganze Zeit zu ängstlich?*

Nein, ich denke nicht. Natürlich ist es eine gute Nachricht, dass die PVV nicht stärkste Partei geworden ist. Aber es gibt keinen Anlass für Zufriedenheit – aus zwei Gründen. Erstens hat die PVV trotzdem dazugewonnen, sie hat nun 20 statt 15 Sitze im Parlament und ist voraussichtlich die zweitstärkste Partei. Der zweite Grund ist, dass eine enorme Radikalisierung in der moderaten Rechten stattgefunden hat. Das war schon während der gesamten letzten Regierungsperiode zu beobachten und hat sich in den letzten Wochen extrem zugespitzt. Mark Rutte, der die Wahl mit seiner Partei VVD gewonnen hat, hat einen offen rechtspopulistischen Wahlkampf geführt. Er hat öffentlich erklärt, dass MigrantInnen „nach Hause gehen“ sollten, wenn ihnen die „holländischen Werte“ nicht passen – oder, in seinen Worten, wenn sie sich „nicht normal verhalten“ könnten. Er hat den Konflikt mit der Türkei eskaliert und sogar anti-türkische Ausschreitungen provoziert, allein aus wahltaktischen Gründen.

Aber die Radikalisierung betrifft nicht nur die VVD. Auch die christlich-konservative CDA, die ebenfalls zu den Gewinnern der Wahl gehört, hat offen gegen MuslimInnen gehetzt. Ihr Anführer hat erklärt, dass die „jüdisch-christliche Tradition“ seit Jahrtausenden für die Befreiung der Frauen stehe. Das ist eine bemerkenswerte Position für eine Partei, die bis vor kurzem für ein komplettes Abtreibungsverbot war und weiterhin gegen die Öffnung der Ehe für alle ist. Was wir also sehen ist die vollständige Übernahme der Sprache der Rechtspopulisten durch die Mitte-Rechts-Parteien. Das wichtigste Ergebnis der Wahl ist also zunächst die Konsolidierung der extremen Rechten und eine Verschärfung der Hetze und des Rassismus.

**Pepijn Brandon* ist Historiker am International Institute of Social History in Amsterdam. Er arbeitet zur Geschichte des Kapitalismus, Krieg und wirtschaftliche Entwicklung, und Sklaverei. – http://mosaik-blog.at/wahlen-niederlande-geert-wilders-pvv-rutte-jesse-klaver/ – Bei uns aus Platzgründungen gekürzt.

MOSAIK: *Aber war es nicht doch eine Überraschung, dass es Wilders nicht gelungen ist, von der aufgeladenen Stimmung rund um den Konflikt mit der Türkei stärker zu profitieren?*

Nun, nach Trump kann man gar nichts mehr ausschließen. Es wäre töricht gewesen, zu sagen: Wir sind uns sicher, dass die PVV nicht stärkste Partei wird. Was Wahlergebnisse in der gegenwärtigen Periode so unvorhersehbar macht ist die totale politische Fragmentierung der Wahlbevölkerung. Das zeigt auch der spektakuläre Absturz der sozialdemokratischen PvdA. Ein nicht unwesentlicher Faktor war aber wohl auch Donald Trump selbst. Trumps Wahlsieg hat zwar den überzeugten AnhängerInnen von Wilders Auftrieb gegeben, aber viele Menschen, die zuvor überlegt hatten die PVV aus Protest zu wählen, beginnen nun zu zweifeln. Sie sehen, dass aus einer Proteststimme sehr viel mehr werden kann, dass es tatsächliche ernsthafte politische Konsequenzen hat, wenn die extreme Rechte an die Macht kommt. Dazu kommt, dass Trumps Wahlsieg dabei geholfen hat, WählerInnen zu mobilisieren, die keinesfalls eine extrem rechte Regierung wollen. Die Wahlbeteiligung war mit über 77 Prozent extrem hoch – das hat der PVV definitiv geschadet.

MOSAIK: *Die andere große Überraschung war das sensationelle Abschneiden der Grünen Linken (GroenLinks). Sie konnte ihr Ergebnis vervierfachen, hat jetzt 16 Sitze im Parlament.* Ihr Vorsitzender, der junge Jesse Klaver, wird schon als Europas neuer Justin Trudeau gefeiert. Wie erklärst du dir diesen Erfolg?

Nun, zunächst müssen wir eingestehen, dass die Linke insgesamt verloren hat. Die sozialdemokratische PvdA wurde quasi vernichtet, hat nur 5,7 Prozent erhalten. Das ist ein absolut historisches Ereignis. Sie war seit einem Jahrhundert die zentrale Institution der gemäßigten Linken in den Niederlanden.

In den letzten zehn Jahren hat die linke Sozialistische Partei (SP) sich immer als logische Alternative für jene WählerInnen präsentiert, die sich von der PvdA enttäuscht abwenden. Die SP hat ein im Kern sozialdemokratisches Wahlprogramm und organisierte zum Beispiel Kampagnen gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens. Aber dabei war die SP so sehr darauf bedacht, wie eine Mainstream-Partei zu wirken, dass sie nicht mehr als echte Alternative sichtbar war. Sie hat zudem viele potenzielle WählerInnen verschreckt, indem sie zur rassistischen Hetze der Rechten geschwiegen oder, schlimmer noch, sich der rassistischen Rhetorik angepasst hat. Das hat einen großen Raum für eine Partei wie GroenLinks eröffnet. Jesse Klaver hat daraus eine sehr erfolgreiche Wahlkampagne gemacht. Sein Slogan war: „Wählt mich – wählt Veränderung!“ Die Partei wurde in der Öffentlichkeit als sehr links wahrgenommen, wenn es um die Verteidigung der Rechte von MigrantInnen geht.

Wir sollten aber nicht übersehen, dass GroenLinks selbst Teil des politischen Mainstreams ist.

Die Partei ist in den 1980er Jahren aus einem Bündnis aus radikalen Linken, einschließlich der Kommunistischen Partei, und der Ökologiebewegung entstanden. Doch in den 1990er Jahren hat sie sich sehr stark nach rechts bewegt. In den letzten Jahren hat die Partei die militärische Intervention in Afghanistan unterstützt. Sie hat die Abschaffung der Stipendien an den Universitäten befürwortet – ein zentrales Element der neoliberalen Angriffe auf das Hochschulsystem – und sich als sozialliberale Partei etabliert.

In den letzten Monaten hat die Führung um Jesse Klaver zwar einen rhetorischen Linksschwenk gemacht, aber in der Partei selbst kam es zu keiner echten inhaltlichen Verschiebung. Obowhl es keinen politischen Bruch mit der Mainstream gab, erzeugte die neue Rhetorik aber großen Enthusiasmus an der Basis. Die Partei wurde als linke Antwort auf die „Trumpifizierung“ der Politik und auf den Aufstieg von Geert Wilders wahrgenommen. Das hat viele Menschen im Wahlkampf aktiviert, viele Freiwillige haben Wahlwerbung gemacht, Flugblätter verteilt und so weiter. In den sozialen Bewegungen war die Partei aber, wie seit vielen Jahren, völlig abwesend.

MOSAIK: *Du hast den spektakulären Absturz der sozialdemokratischen PvdA – von 24,8 auf 5,7 Prozent – schon erwähnt. Man kann sich das in einem Land wie Österreich, das eine historisch ähnlich starke sozialdemokratische Partei hat, kaum vorstellen. Was sind die Gründe dafür, dass die Sozialdemokratie in den Niederlanden so kollabiert ist?*

Dieses Ergebnis zeigt, dass auch die historisch größten Institutionen der ArbeiterInnenbewegung kollabieren können, wenn sie sich von sozialdemokratischer Politik lossagen. Das Ergebnis der PvdA sollte all jenen eine bittere Lehre sein, die diese Parteien noch weiter in die Mitte steuern wollen. In der Mitte verlieren sie. Die PvdA war noch in den vorherigen Wahlen sehr erfolgreich gewesen. Sie hatte im Wahlkampf versprochen, zu verhindern dass Rutte – den Vorsitzenden der rechtsliberalen VVD – in die Regierung kommt. Am Tag nach der Wahl bildeten sie eine Koalitionsregierung mit der VVD und Rutte.

Die tieferen Ursachen reichen aber noch länger zurück. Seit 30, 40 Jahren ist die sozialdemokratische Partei in den Niederlanden für die Durchsetzung neoliberaler Politik verantwortlich. Doch während sie früher zumindest so getan hat, als würde sie die Reformen sozial abfedern, machte sie sich in der vergangenen Regierungsperiode das neoliberale Programm komplett zu eigen. Die PvdA hat beispiellose Sozialkürzungen im Ausmaß von fast 50 Milliarden Euro mitgetragen. Sie hat im Gesundheitswesen und bei der Arbeitslosenunterstützung gekürzt, hat den rassistischen Flüchtlings-Deal gegen MigrantInnen mit dem repressiven Regime in der Türkei unterstützt. Und sie war an vorderster Front dabei, als die EU die griechische Regierung erpresste. Vergessen wir nicht, dass Jeroen Dijsselbloem von der PvdA immer noch Vorsitzender der Euro-Gruppe ist. (...)

Das ist wirklich unglaublich. Was kann die Linke aus dieser Entwicklung deiner Ansicht nach lernen? Offenbar gibt es zwei verschiedene Modelle, wie mit dem Kollaps der Sozialdemokratie umzugehen ist. Einerseits das sozialliberale Projekt von GroenLinks, andererseits die traditionelle Linkspartei SP, der es offensichtlich nicht gelungen ist, vom Abstieg der PvdA zu profitieren.

Was außerhalb der Niederlande fast unverständlich sein muss ist die große Zahl an kleinen Parteien, die in den letzten Jahren entstanden oder groß geworden sind. Das betrifft nicht nur GroenLinks. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Die „Partei für die Tiere“ hat mit einem rein auf ökologische Themen setzenden Wahlkampf fünf Parlamentssitze erreicht. Und die sehr komplexe Formation „Denk“ hat über 2 Prozent und damit drei Sitze erhalten – eine „Migrantenpartei“, die sich vor allem durch ihren Kampf gegen Rassismus definiert, aber zugleich sehr eng mit dem türkischen Regime von Erdogan verbunden ist.

Wir sehen also eine Zersplitterung der Stimmen jener WählerInnen, die traditionell links wählen, auf Basis einzelner Themen. Das ist vor allem ein Zeichen dafür, dass die SP daran gescheitert ist, eine Alternative aufzubauen, die sowohl die Wut über die neoliberalen Angriffe auf das Sozial- und Gesundheitssystem aufgreifen kann, als auch das Bedürfnis nach echten Alternativen in allen Lebensbereichen – vor allem in Hinblick auf das drängendste und gefährlichste Thema in der holländischen Politik, nämlich den Rassismus. Die Unfähigkeit, eine linke Partei aufzubauen die sowohl bei sozialen und ökonomischen Themen stark ist, als auch als führende Kraft im Kampf gegen Wilders wahrgenommen wird, hat zu dieser Zersplitterung geführt. Das müssen wir überwinden.

„Testfall für die strategische Aufgabe, wie man aus einer großen Koalition herauskommt“

Wie gewohnt gibt es bei der Rosa Luxemburg Stiftung einen Wahlnachtbericht mit ersten Analysen zur Landtagswahl am 26. März im Saarland, diesmal verfasst von Horst Kahrs. Wir dokumentieren aus der Zusammenfassung:

Die Wahlbeteiligung ist wie bei den Landtagswahlen 2016 gestiegen, und zwar um 8,1 Prozentpunkte auf knapp unter 70%. Die gestiegene Wahlbeteiligung verdankt sich vor allem der Personalisierung. Die Amtsinhaberin Annegret Kramp-Karrenbauer soll als Ministerpräsidentin bleiben. Deshalb gehen Bürgerinnen und Bürger zur Wahl, die 2012 nicht wählten.

Die amtierende Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer ist die eindeutige Gewinnerin der Wahl. Sie bescherte ihrer Partei einen Zuwachs von fast 48 000 Stimmen (+28,1%), was zu einem Zuwachs von 5,5% der gültigen Stimmen führte. Die CDU erreicht damit einen guten Auftakt ins Wahljahr und verteidigt eines von vier Ministerpräsidenten-Ämtern. Zudem stellt sie fünf zusätzliche Abgeordnete im Landtag.

Eine weitere Gewinnern der Wahl ist die AfD, die mit 6,2% und drei Mandaten in den Landtag einzieht. Allerdings bleibt sie weit von einem zweistelligen Ergebnis entfernt, so dass die Dynamik des Jahres 2016 gebrochen scheint. Welche Wirkung dieses eher schlechte Ergebnis auf das Wählerpotential der AfD bei den kommenden Wahlen hat, bleibt abzuwarten.

Die SPD erscheint am Wahlabend als „gewinnende Verliererin“. Gegenüber der Vorwahl hat sie Stimmenanteile verloren (–1%), aber absolut Stimmen hinzugewonnen (10.700 oder 7,3%). Der „Schulz-Effekt“ der Umfragen hat sich insofern bestätigt, als dass das Ergebnis deutlich besser als die Umfragen bis einschließlich Januar 2017 ausfiel. Allerdings wurde er in den Umfragen überbewertet (oder aber die Mobilisierung für „AKK“ unterbewertet.) Die Eroberung einer Staatskanzlei fand nicht statt. Beachtenswert ist, dass der Schulz-Effekt die SPD vor ein strategisches Dilemma stellte: Je näher Anke Rehlinger der Ministerpräsidentin rückte, desto offener wurde über eine rot-rote Koalition gesprochen und jegliche Koalitionsaussage seitens der SPD vermieden. Ein Wechsel zu einer rot-roten Koalition wurde aber nur von einer Minderheit der befragten Saarländer für gut befunden, mehrheitlich herrschte Zufriedenheit mit der Landesregierung, der allgemeinen und persönlichen wirtschaftlichen Situation und der Lage im Land. Die vermeintliche Offenheit des Wahlausgangs könnte aus sozialdemokratischer Sicht also kontraproduktiv gewirkt haben. Dieses Problem, die relativ geringe Akzeptanz einer Koalitionsregierung unter Beteiligung der Linkspartei im alten Westdeutschland, könnte zu einem nachhaltigen Problem für den „Schulz-Zug“ werden.

Für Die Linke ist der Wahlausgang sicherlich enttäuschend: Stimmenanteile gingen verloren, ebenso absolute Stimmen (9 000 oder –11,7%) sowie zwei Landtagsmandate. Das Wahlziel, die erste rot-rote Landesregierung im Westen bilden zu können, wurde verfehlt, auch weil die Linke ihren Teil an Stimmenzuwachs nicht einfahren konnte und das Ablösungsziel keine Eigendynamik entfalten konnte. Gleichwohl ist das Ergebnis im Vergleich zu anderen westdeutschen Flächenländern, aber auch ostdeutschen Landtagswahlergebnissen 2016, immer noch ein gutes Ergebnis. Es ist vor allem der Persönlichkeit Oskar Lafontaines und seiner immer noch vorhandenen Verankerung in bestimmten Wählerschichten zu verdanken. Die soziale Struktur der Linkspartei- Wähler unterscheidet sich deutlich von der in anderen (westdeutschen) Landesverbänden: mehr Arbeiter, mehr Fachlehrberufe, relativ weniger Akademiker und jüngere Wählerinnen und Wähler. Gleichwohl ist nicht zu übersehen, dass auch im Saarland die Anhängerschaft langsam erodiert. Die Signale des Wahlergebnisses für die kommenden beiden Landtagswahlen und die Bundestagswahl sind daher zwiespältig, schaut man auf das Ergebnis der Bundestagswahl 2013, bei der Oskar Lafontaine nicht kandidierte. Für die Linke im Saarland gilt ähnliches wie für die CDU: Ohne ihren Spitzenkandidaten wäre sie nicht da, wo sie ist. Bedenklich ist, dass die Kompetenzzuschreibung, für soziale Gerechtigkeit sorgen zu können, für die Partei deutlich zurückgegangen ist und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit bzw. der Kampf um die „richtige“ Definition und Ausgestaltung sozialer Gerechtigkeit das wahlentscheidende Thema bei der Hälfte aller Wählerinnen und Wähler war.

Die Grünen sind die Verlierer des Wahlabends. Sie haben relativ und absolut Stimmen verloren und sind nicht mehr im Landtag vertreten. Sie sind im Saarland eine kleine Milieu-Partei, für deren Anhänger gänzlich andere Themen wahlentscheidend sind als für die Anhänger anderer Parteien, weshalb es für die Partei schwer sein dürfte, aus eigener Kraft wieder in die Erfolgsspur zu kommen. Erneut aus einem Landesparlament gewählt worden zu sein ist kein guter Auftakt für das Wahljahr 2017 und wird nicht dazu beitragen, die strategischen Auseinandersetzungen in der Partei zu beenden.

Die FDP hat den Wiedereinzug in den Landtag nicht geschafft. Ihre Chancen für die Bundestagswahl werden jetzt vom Ausgang der Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen abhängen, wo ihre beiden Spitzenleute, Kubicki und Lindner, zur Wahl stehen.

Die Piratenpartei hat die Erwartungen der Meinungsforscher erfüllt und ist sang- und klanglos wieder aus dem Parteienspektrum des Saarlandes verschwunden. Allenfalls als kleines Lebenszeichen sind die 4% Zustimmung bei jüngeren Wählerinnen und Wähler zu werten.

Für die Regierungsbildung kommt erneut nur eine große Koalition, die im Saarland wirklich eine große ist, mit der SPD als Juniorpartner in Frage. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat werden sich ebenfalls nicht ändern.

Als Stimmungstest für die Bundestagswahl taugt die Saarland-Wahl eher nicht. Auch wenn Befragungen ergeben, dass die Bedeutung von Angela Merkel und Martin Schulz hoch eingeschätzt wurde, war es am Ende die Ministerpräsidentin, die Wähler mobilisierte und die Wahl gewann. Es ging am Ende ums Saarland. Gleichwohl ist eine bundespolitische Bedeutung nicht von der Hand zu weisen: Anders als in den beiden kommenden Landtagswahlen regierte im Saarland eine große Koalition, so dass sie als Testfall für die strategische Aufgabe gelten kann, wie man aus einer großen Koalition herauskommt. Es könnte durchaus sein, dass es bei der Bundestagswahl auf eine ähnliche Konstellation hinausläuft: Die Union hat keinen anderen Partner als die SPD, und diese könnte sich aus der Koalition mit der Union nur lösen, wenn sie eine beim Wahlvolk weniger beliebte Koalition zustande bringen würde. Wie das Saarland zeigt, nutzt diese Ausgangslage am Ende eher der Amtsinhaberin.

http://www.horstkahrs.de/ oder https://www.rosalux.de/staatdemokratie/parteienwahlanalysen.html

28. MÄRZ
1882
FRANKREICH

Loi Ferry: Das Gesetz über allgemeine Schulpflicht und Laizität

Ende März 1882 wird per Gesetz (Loi Ferry) in ganz Frankreich die allgemeine Schulpflicht (obligation scolaire) für Kinder von sechs bis 13 Jahren eingeführt. Der Staat verpflichtet sich zu religiöser Neutralität, zur Trennung von öffentlicher Sphäre und privater, in der das religiöse Leben stattfinden soll. Der Religionsunterricht in den Primar-(Grund)schulen wird abgeschafft, konfessionelles Lehrpersonal durch „Laien" ersetzt. Der Besuch der Grundschule ist kostenlos. Es bleibt den Eltern aber freigestellt, die Kinder in Privatschulen oder in der Familie zu erziehen.

Fast hundert Jahre hatte es gebraucht, von der Formulierung der Ansprüche durch die Verfassungsgebende Versammlung der französischen Revolution bis hin zur tatsächlichen allgemeinen Einführung der Schulpflicht. Die Konstituante hatte das Prinzip „eines für alle Citoyens gemeinsamen öffentlichen Unterrichts, der hinsichtlich der für alle Menschen unerlässlichen Bildungsinhalte kostenlos erteilt wird", formuliert. Allerdings blieb es bei der Deklamation. Es wurde lediglich der Fortgang der alten bestehenden, vom Klerus beherrschten Bildungseinrichtungen sichergestellt. Die darauf folgende Gesetzgebende Versammlung setzte immerhin einen Ausschuss für das öffentliche Unterrichtswesen ein und Condorcet konnte 1792 seinen Entwurf über die „allgemeine Organisation des öffentlichen Unterrichts" der Versammlung vortragen. Der montagnardische Konvent formulierte 1793 Unterricht als Menschenrecht, als das Bedürfnis aller Menschen: „Die Gesellschaft muss mit aller Kraft den Fortschritt der allgemeinen Vernunft vorantreiben und die Bildung allen Citoyens zugänglich machen." Robespierre ließ mit dem Nationalerziehungsplan, den Lepelier de Saint-Fargeau erstellt hatte, das Monopol des Staates setzen. Es folgten bis 1795 eine Vielzahl von Dekreten zum Bildungs- und Erziehungssystem: Einführung der Anfangsschule; die Eröffnung der École Normale – der Lehrerbildungsanstalt; die Primar- (Grund)schule, dann die Zentralschule, die Polytechnische und die Medizinschule. Das Gesetz vom 3. Brumaire IV fasste die geschaffenen Institutionen des Bildungs- und Erziehungssystems zusammen. Aber die allgemeine Schulpflicht und die Schulgeldfreiheit wurden noch nicht durchgesetzt: Der Staat stellte den Lehrern lediglich die Wohnung, das Einkommen hatten die Schüler aufzubringen.

Albert Soboul hat in seiner umfangreichen Schrift über die französische Revolution die Zeit folgendermaßen zusammengefasst: „Das Unterrichtswerk der Revolution erscheint am Ausgang dieser Periode bedeutend und blieb doch unvollkommen. Das kirchliche Monopol war abgeschafft. Das Bildungswesen war verweltlicht und modernisiert: gesellschaftlich gesehen blieb es das Privileg einer Minderheit."

Das 1. Kaiserreich unter Napoleon führt die Universitäten ein, belässt aber die Primarschulen weiter in den Händen des Klerus. 1833 unter Louis-Philippe legt der Minister Gui-

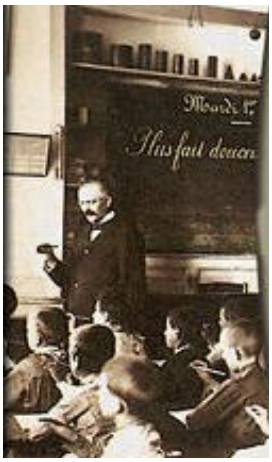


Abb. links: Zeitgenössische Karikatur: „Unwissenheit das ist die Sklaverei, Bildung das ist Freiheit", https://i.skyrock.net/5726/56945726/pics/3172037611_2_3_3Jpt4Ke8.jpg.
Abb. rechts: Lehrer Schüler im Schulraum: http://www.senat.fr/histoire/images/ecole_ferry.jpg

Gesetz von 1882 über das primäre obligatorische Bildungswesen (Auszüge)

Art. 1: Das primäre Schulwesen beinhaltet: Die moralische und staatsbürgerrechtliche Unterweisung; die Sprache und die Elemente der französischen Literatur; die Geografie, insbesondere die Frankreichs; die Geschichte, insbesondere die Geschichte Frankreichs bis heute; einige gebräuchliche Grundkenntnisse des Rechts und der politischen Ökonomie; die Elemente der Naturwissenschaften – Physik und Mathematik; ihre Anwendungen in der Landwirtschaft, der Hygiene, den industriellen Fertigkeiten, den manuellen Arbeiten und der Gebrauch der Werkzeuge der wichtigsten Berufe; die Elemente des Zeichnens, der Formgestaltung und der Musik; der Sport; für die Jungen die militärischen Übungen; für die Mädchen die Näharbeiten ...

Art. 2: Die Primarschulen pausieren einen Tag in der Woche, zusätzlich zum Sonntag, um den Eltern, wenn sie es wünschen, zu erlauben ihren Kindern religiöse Unterweisungen zu geben, außerhalb der schulischen Einrichtungen. Die religiöse Erziehung ist freiwillig in den privaten Schulen ...

Art. 4: Die primäre Erziehung ist obligatorisch für Kinder beiderlei Geschlechts von sechs bis 13 Jahren; sie kann in den Einrichtungen der Primar- und Sekundarschulen erfolgen, seien es öffentliche oder private, sei es in den Familien durch den Vater der Familie selber oder durch wen auch immer er dazu auswählt ...

Art. 5: Eine kommunale Kommission wird in jeder Gemeinde eingerichtet, um die Frequentierung des Schulbesuchs zu überwachen und zu ermutigen ...

Das Gesetz besteht insgesamt aus 18 Artikeln, nachzulesen im Archiv des französischen Senats: http://www.senat.fr/evenement/archives/D42/mars1882.pdf

zot dann ein Gesetz zu den Primarschulen vor: Es sieht die Verpflichtung vor zur Einrichtung der Primarschule für Gemeinden mit mehr als 500 Einwohnern und je Departement die verpflichtende Einrichtung einer Lehrerbildungsanstalt. Allerdings wird auf den obligatorischen Schulbesuch verzichtet, um elterliche Rechte nicht einzuschränken. Auch die Wahl zwischen religiöser und laizistischer Erziehung bleibt freigestellt. Die Rolle der Kirche in der Primarschule ist weiterhin maßgeblich und wird 1850 nochmals gestärkt. (Loi Falloux)

1879 stellt der Senat fest, dass die Ausbildung der Lehrer unzureichend ist. Vor 1850 bestanden zur Ausbildung von Lehrern 70 Anstalten und 6 für Lehrerinnen, 1879 waren es 79 und 19: „Es bleibt noch viel zu tun, vor allem was die Ausbildung von Lehrerinnen betrifft“. Während in acht Departements noch Lehrerbildungsanstalten für Jungen fehlen, sind es 68 Departements für die angehenden Lehrerinnen. Ca. 600 000 Kinder können noch keine Grundschule besuchen.

Es werden Maßnahmen beschlossen, die die materiellen Voraussetzungen für eine allgemeine obligatorische Schulpflicht sicherstellen sollen. 1881 wird die Kostenfreiheit für die öffentlichen Schulen beschlossen.

28. März 1882: Die Primarschulen werden obligatorisch, und sie werden laizistisch. Der Anspruch, den die Aufklärung an und für das Individuum formuliert hatte, wird in Lehrpläne für naturwissenschaftlich-mathematische und technische Bildung gegossen. Damit gelingt es auch, die noch mehrheitlich ländlich bäuerliche Gesellschaft für die Anforderungen modernen kapitalistischen Wirtschaftens und Arbeitens einzustellen.

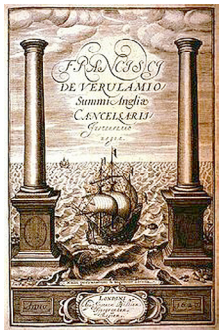
Schließlich: Das Religiöse, das ins Private überführt wird, gleicht der französische Staat durch staatsbürgerliche und moralische Ansprüche aus: der Lehrplan ersetzt den Bezug auf Gott durch den auf die Grande Nation und die Tricolore – die Fahne.

Es bleibt aber Raum für das religiöse Leben: der Donnerstag – später wird es der Mittwoch – ist neben dem Sonntag schulfrei. Und Ferienregeln kommen auch den Erfordernissen des bäuerlichen Leben entgegen: die Sommerferien dauern von Anfang Juli bis in den September und fallen damit in die Erntezeiten.

Matthias Paykowski, Karlsruhe

Quellen: 1. Das Internet-Archiv des französischen Senats bietet einen Einblick in markante Punkte der französischen Geschichte: www.senat.fr. 2. Wikipedia (französisch) über Jules Ferry: https://fr.wikipedia.org/wiki/Jules_Ferry. 3. Albert Soboul, Die grosse französische Revolution – Abriss einer Geschichte (1789-1799) Taschenbuch – 1. Januar 1976.

Die Enzyklopädisten



1623 veröffentlicht Francis Bacon die erste Universalenzyklopädie* der Neuzeit, bereits 1620 die Methodenlehre der Wissenschaften. Der englische Naturwissenschaftler, Philosoph und Politiker begründet das wissenschaftlich-methodische Arbeiten. Er steht am Anfang eines Zeitalters der Euphorie gegenüber dem naturwissenschaftlich-technischem Wissen. Auch durch Bacons Projekt inspiriert, entsteht um den Schriftsteller und Aufklärer Denis Diderot und den Verleger und Autoren Jean-Baptiste D'Alembert ein Kreis, der eine umfassende Enzyklopädie erstellen will, die alle bisher erworbenen Erkenntnisse aus allen Wissensbereichen enthalten soll.

Der Kreis verfolgt mit der Encyclopédie das Ziel, ein verständliches Wissenskompendium für eine breite Öffentlichkeit zu erstellen. Seit Beginn der Arbeiten im Jahr 1748 bis zur Aberkennung des königlichen Druckprivilegs 1759 wurde den Enzyklopädisten vorgeworfen, sie wollten Kirche und Staat untergraben. Dazu mussten die Leser jedoch zwischen den Zeilen lesen, denn offene Kritik an den zeitgenössischen Verhältnissen und Institutionen war selten zu finden. Umso deutlicher diente die Encyclopédie als Propagandamittel für Kirchenkritik. Radikalster Gegner des Klerus war Voltaire, der vor allem der Institution Kirche den Anspruch absprach, mehr als eine moralische Autorität zu sein.

Insgesamt sind 139 (unterschiedliche Angaben) Autoren namentlich bekannt. Lediglich eine Frau soll sich darunter befunden haben. 17 Textbände entstehen und werden in der Zeit von 1751 bis 1765 in Paris herausgegeben. Sie umfassen rund 18000 Seiten und 71818 Artikel. Weiterhin werden elf Bildtafelbände publiziert, die auf rund 7000 Seiten 2885 Kupferstiche und 2575 Erläuterungen enthalten.

Rolf Gehring, Brüssel

* Siehe auch: https://static.uni-graz.at/fileadmin/Wissenschaftsgeschichte/ENZ_DOK_FASSUNG.pdf. Abb: Titelblatt der „Instauratio magna“ von Francis Bacon, London 1620 (Wikipedia, CC)

Rousseaus Emile: Natur, Dinge, Menschen

Vorsicht ist geboten. Wer sich auf Rousseaus Emile (erschienen 1762) einlässt, lässt sich auf ein zweifaches Unterfangen ein. Das Werk ist mit 959 Seiten* sehr umfangreich und damit echte Arbeit. Und es steht am Anfang der neuzeitlichen Pädagogik in den europäischen bürgerlichen Gesellschaften. Vieles liest sich heute mit Befremden, viele seiner Vorstellungen sind obsolet geworden.

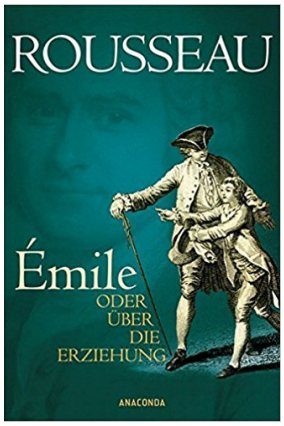
Seine Lektüre lohnt dennoch. Rousseaus Sicht auf das Kind als eigenständiges Wesen bleibt die Basis aller neueren Pädagogik. Er beschreibt mehrere Entwicklungsstufen, die alle ihren eigenen Entwicklungsprozess haben. Seine jeweiligen Erziehungsmethoden für die einzelnen Entwicklungsstufen sollen eine umfassende Bildung vermitteln, sie brechen damit radikal mit den damals üblichen Erziehungspraktiken hin auf eine je spezielle Rolle in der gesellschaftlichen Hierarchien und Arbeitsteilung. Sie öffnen Entwicklungswege.

Für Rousseau gibt es drei Lehrer, Natur, Dinge und Menschen, die in den einzelnen Entwicklungsstufen je unterschiedlich im Vordergrund stehen.

Die fünf Bücher des Emile blättern das Alltagsleben, die soziale und emotionalen Beziehungen in der Zeit Frankreichs vor der Revolution von 1789 auf. Gerade der dritte Band entwirft ein Panorama der Alltagsumstände, des naturwissenschaftlichen Wissens der Zeit und der handwerklichen Praktiken. Im Handwerk sieht Rousseau auch die beste Möglichkeit für ein unabhängiges Leben. Es erlaubt dem Handwerker, anders als dem an die Scholle gebundenen Bauern, Lebewohl zu sagen, wenn die Schinderei zu viel wird.

Rolf Gehring, Brüssel

Herrn Johann Jacob Rousseaus,
Bürgers zu Genf,
Aemil,
oder
Von der Erziehung.
Aus dem Französischen übersetzet,
und
mit einigen Anmerkungen versehen.
Erster Theil.
Sanabilibus aegrotamus malis; ipsaque nos in rectum genitos natura, si emendari velimus, juvat.
Seneca, de ira, L. II. c. 13.
Berlin, Frankfurt und Leipzig,
1762.



* Ein wirkungsmächtiges Werk: Gleich nach dem Erscheinen übersetzt (Faksimile siehe en.wikipedia.org/wiki/Emile,_or_On_Education) und i mmer wieder neu aufgelegt. Anaconda Verlag, 9,95 Euro

Inhalt

Aktuelles 2
Frankreich-Wahl: Trostlose Absichten und Vorstellungen zur EU • Brexit: Presseschau• Mind the gap – „Bitte beachten Sie die Lücke zwischen Ausstieg und Bahnsteigkante“ • Von der Grenzsicherung zum Interventionskrieg • Verbot der Demonstration „Weg mit dem Verbot der PKK“ in Mannheim • Türkei: Über 50 Tage Hungerstreik für menschenwürdige Haftbedingungen

US-Haushalt, Gesundheitswesen: Trump scheitert vorerst mit Abschaffung von „Obamacare“ 5
Medicare, Medicaid, Obamacare, Trumpcare

Auslandsnachrichten 9
USA: Neuer Tarifvertrag für Del Monte Arbeiter • USA: Erster Gewerkschaftsvertrag beim Pavillion Building Tower • Chile: Streik in Kupfermine Escondida beendet • Peru: Größte Kupfermine im „verbotenen“ Streik • Welttag Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2017

Podemos: „Eine neue Transition in Spanien“ 9

Aktionen … Initiativen 10
Kampagne „MACHT FRIEDEN“ fordert Ende des Bundeswehreinsatzes. • Ostermarsch Rhein-Ruhr: Nein zu Krieg und Terror! – Nein zur weiteren Aufrüstung Deutschlands und der EU! • Rüstungsexportverbot zum Wahlkampfthema machen! • „Ministerin für Reaktorsicherheit zum Handeln verpflichtet“ • Blockade in Büchel zum Start der heutigen UN-Verhandlungen • NGOs fordern deutsche Teilnahme an Atomverhandlungen • Verhandlungen über einen Atomwaffenverbotsvertrag aktiv unterstützen

Köln: Luftreinhalteplan und Fahrverbote – Autoverkehr mit Anreizen reduzieren … 12
… Ost-West-Tunnel wäre eine Investition für das Auto, nicht für den ÖPNV

Kommunale Politik: Verkehrspolitik 13

Neue Abgasnormen als Chance nutzen – Fünf-Punkte-Vorschlag der IG Metall für den technologischen Wandel 15

Eins? Zum DGB-Mai-Motto 16

Burkaverbot im Tarifvertrag 16

Wir sind viele. Wir sind eins. – Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Tag der Arbeit 16

Rechts außen 17
Journalistenverband verlangt Medienpräsenz bei AfD-Parteitagen • Frankfurter Wirtschaftskreise scheuen öffentliche Nähe zur AfD

NSU-Komplex auflösen! 17

„Unser Anblick, unsere Anwesenheit haben immer gestört!“ 18

Niederlande: der unbeachtete Rechtsrutsch 19

Saarlandwahl: „Testfall für die strategische Aufgabe, wie man aus einer großen Koalition herauskommt“ 21

Kalenderblatt, Frankreich 1882: Gesetz über allgemeine Schulpflicht 22

Linke Christinnen und Christen mischen sich ein 24

Auf der Homepage des Landesverbandes Hessen der Linken ist eine Reihe von Veröffentlichungen der LAG anzuschauen:

http://die-linke-hessen.de/site/über-uns/zusammenschlüsse/lag-linke-christinnen-und-christen.html

Linke Christinnen und Christen mischen sich ein

Bereits im Februar 2015 hat sich die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Linke Christinnen und Christen im Landesverband der Partei Die Linke in Hessen gegründet. Die LAG will jetzt, wenn möglich, sich ausweiten und strebt an, innerhalb der Partei eine Bundesarbeitsgemeinschaft zu werden.

In ihrer Erklärung heißt es:

„Gerechtigkeit und Frieden für alle Menschen ist unser gemeinsames Ziel. In dieser Lage wissen wir uns mit den Einsichten der weltweiten Christenheit einig:

● Die ökumenische Weltversammlung von über 350 Kirchen in Busan/Südkorea: „Auf diese Weise droht das vorherrschende globale Wirtschaftssystem [...] dem Leben, wie wir es kennen, ein Ende zu setzen.“

● Nicht anders der Papst: ‚Diese Wirtschaft tötet.‘

Wir wissen: Die Wirtschaft tötet nicht immer und überall, aber öfter als wir glauben. Die Wirtschaft darf nicht über Leichen gehen. Die Armen sind der Maßstab für Gerechtigkeit. Christen und Christinnen schauen hin und mischen sich ein. Unter Berufung auf die biblischen Traditionen und auf die Einsichten der Kirchen weltweit wollen sie eine andere Politik.

Mit Johannes Chrysostomus (4. Jahrhundert) sagen wir: ‚Die eigenen Güter nicht mit den Armen zu teilen bedeutet, diese zu bestehlen und ihnen das Leben zu entziehen. Die Güter, die wir besitzen, gehören nicht uns, sondern ihnen‘.“

Aufgabe der Landesarbeitsgemeinschaft ist es, so die Erklärung im Gründungsaufruf, Christinnen und Christen in der Partei und in der Gesellschaft eine Stimme zu geben. Kritisiert wird, daß sich nicht alle Kirchen in Deutschland klar gegen Krieg als Mittel der Politik, gegen Rüstungsexporte als Teil dieser Politik und gegen die damit einhergehende Militarisierung der Gesellschaft aussprechen. Für linke Christinnen und Christen sei es — so heißt es in der Erklärung der LAG — unabdingbar, die Friedensfrage sowie die soziale und die ökologische Frage nicht zu trennen. Die Kirchen werden aufgefordert mit dem kapitalistischen Staat zu brechen, damit sie „frei werden, die befreiende Botschaft des Evangeliums für die Armen zu verkünden“. Bekräftigt hat das Grundlagenpapier die gemeinsamen Werte, die Die Linke und Christinnen und Christen verbinden.

● „Sie reden vom Kampf gegen Arbeitslosigkeit und machen die Hartz-IV-Gesetze. Sie reden vom Frieden schicken Soldaten in alle Welt. Die Linke ist die einzige Partei, die sagt, was Sache ist: Hartz IV ist ein Kampf gegen die Armen und Auslandseinsätze sind Kriegseinsätze. Weil ich als Christ für Gerechtigkeit und Frieden kämpfe, unterstütze ich Die Linke,“ so erklärt Dr. Franz Segbers, alt-katholischer Priester, Professor für Sozialethik, Universität Marburg, sein Engagement.

● „Seit 25 Jahren protestieren die Ordensleute für den Frieden vor der Deutschen Bank in Frankfurt/M. gegen den Kapitalismus mit dem Slogan: Unser Wirtschaftssystem geht über Leichen.“ Das ist die Position der „Ordensleute für den Frieden“ für ihre Mitarbeit.

● „Ich unterstütze Die Linke, weil sie diejenige Partei ist, die mit der christlichen Vorstellung ernst macht, daß Gerechtigkeit aus dem Blickwinkel der Armen entwickelt werden muß. Wenn die Kernländer Europas mit Hilfe der Akteure auf den Finanzmärkten anderen Ländern ihr Modell aufzwingen wollen, so ist dies Erpressung, ein Klassenkampf von oben“, deshalb arbeitet Hartmut Futterlieb, evangelischer Religionspädagoge, in der LAG mit.

Die Auffassungen der LAG zu Themen wie Religionsfreiheit, Arbeitsrecht in kirchlichen Einrichtungen, Trennung von Kirche und Staat, Krieg und Frieden sind weitgehend anschlußfähig an den Diskurs, den die „Politischen Berichte“ dazu führen.

Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 11. Mai 2017. Redaktionsschluss: Freitag, 5. Mai. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.
Die Erscheinungstermine 2017: 11. Mai, 6. Juli, 3. Aug., 31. Aug., 12. Okt., 9. Nov., 7. Dez.